

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Zeugpreis: Mo. allg. 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Er erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für die 10 gepaltene Millimeterzeile 1.20 M.; für
den Stellenmarkt 90 Pf. - Eingetragen in die Reichspostzeitungliste

Lieber alles kaputt schlagen!

Schon vor ein paar Wochen (in Nr. 36) haben wir daran erinnert, wie ein schwerer Wortbruch es ist, daß die Unternehmer des Ruhrbezirks immer noch den Hüttenarbeitern die Wiederherstellung des Achtstundentages nicht bewilligen wollen. Selbst von bürgerlicher Seite, ja von den Unternehmern selbst wird anerkannt, daß die Arbeiter damals, 1923, „in anerkanntem Verantwortlichkeitsbewußtsein das Opfer des Achtstundentages gebracht“ haben, im Vertrauen auf das Versprechen der Unternehmer, ihn wieder einzuführen, „sobald die wirtschaftliche Lage der Industrie das gestatten würde“.

Diese Vertrauensseligkeit der Arbeiter und ihre Aufopferung für die angeblich gemeinsame Sache des Vaterlandes haben die Unternehmer einfach benutzt, um die Arbeiter zum Narren zu halten: jedesmal, wenn sie von der furchtbaren Qual der 12stündigen Tagesarbeit vor dem glühenden Hochofen befreit sein wollten, entgegnete man ihnen, die wirtschaftliche Lage der Industrie gestatte es noch nicht. Das geht nun so hier Jahre lang. Der Franzosenbruch ist längst vergessen, die daraus entstandenen Schäden sind längst geheilt, die Unternehmer haben noch 700 Millionen besonders bekommen — aber die Hüttenleute müssen noch wie vor 12 Stunden täglich am Hochofen stehen, was sie doch nur zur Heilung jener Schäden übernommen hatten. Nicht mehr zur Rettung des Vaterlandes, sondern nur noch zur Füllung des Geldsacks der Unternehmer müssen sie weiter und immer weiter ihre freie Zeit, ihre gesunden Knochen und ihr Familienleben opfern.

Inzwischen ist nun jenes geheime Rundschreiben bekannt geworden, aus dem die Welt erfahren hat, daß die Unternehmer einer „nordwestlichen Gruppe“ — offenbar sind es eben dieselben Unternehmer an Ruhr und Rhein — einen Kampffonds von beiläufig 5 Millionen Mark monatlich anjammeln, so daß bis Ende Dezember 25 bis 30 Millionen Mark zusammenkommen dürften. Es ist nötig, sich Begründung und Zweck des Fonds im Wortlaut des geheimen Rundschreibens recht genau anzusehen; ja ins Detail zu graben. Der Vorstand der nordwestlichen Gruppe, heißt es da,

hat beschlossen, dem Reichsarbeitsminister bei der ersten Gelegenheit endlich einmal die Stirn zu bieten und einen möglicherweise daraus entstehenden Kampf restlos und mit allen Mitteln durchzuführen. Aller Voraussicht nach werde es also zu einem Kampf Ende dieses oder Anfang des kommenden Jahres anlässlich der Verklärung der Arbeitszeit für die Schwerindustrie kommen.

Das bedeutet, nachdem die Verschleppung jahrelang gegangen ist und die Regierung sich endlich aufgerafft hat, um wenigstens für einen Teil — noch lange nicht für alle — der Hüttenarbeiter den Achtstundentag zum 1. Januar 1928 wieder herzustellen, wollen die Unternehmer den Kampf vom Jahre brechen! Lieber wollen sie alles kaputt schlagen, als auch nur einen Teil dessen halten, was sie so feierlich versprochen haben! Sollen sie sich die innere Brutalität des deutschen Unternehmertums so offenbart wie hier. Unsere Leser wissen, daß wir nicht leicht zu harten Worten greifen. Auf Grund unserer sozialistischen Erkenntnis wissen wir und verstehen wir, daß der kapitalistische Unternehmer seinen Profit wahren muß. Wir bekämpfen das und suchen es zu verhindern, wo wir können; aber wir machen ihm keinen moralischen Vorwurf daraus. Dies jedoch geht weit darüber hinaus. Zur bloßen Wahrung des Profits ist es nicht nötig, den am meisten gequälten unter den Schwerarbeitern dauernd den 12-Stundentag aufzuzwingen. Auch bei 8stündiger Arbeitszeit macht das Kapital einen Profit und kann sehr wohl dabei bestehen, wie vielfältige Erfahrung beweist. Diese Rücksichtslosigkeit, womit die Unternehmer hier den Wirtschaftsfrieden bedrohen, noch viel größeres Übel über unzählige Arbeitercharen zu bringen beabsichtigen, um nur ja nicht ein Züpfeln ihres Versprechens zu erfüllen, die erklärt sich nur aus einer absprechenden innerlichen Verachtung, aus einer Selbstsucht, die nur den eigenen Vorteil kennt und über Beiden geht, um ihm zu frönen.

Aber handelt sich nicht auch hier um höhere Rücksichten? Heißt es nicht in dem Rundschreiben, um „gewisse Prinzipien und Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft“ müsse der Kampf geführt werden?

Das ist das zweite traurige Kapitel der beschämenden Art und Weise, wie das deutsche Unternehmertum seinen Profit verteidigt. Das erste hieß Wortbruch, das zweite heißt Lüge. Ist, viel zu oft haben wir nachweisen müssen, daß die Unternehmerverbände falsche Behauptungen aufstellen oder auch wahre Tatsachen so zusammenstellen, daß der Leser dennoch irreführt wird. Ein neuer Beweis liegt vor. Wenn sie von „Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft“ reden, so soll das heißen: die Unternehmer ständen so schlecht da, daß sie durchaus keine Erhöhung der Gestehungskosten (wie solch eine Verklärung der Arbeitszeit erwachsen würde) ertragen können. Um das glaubhaft zu machen, haben sie unter anderem in einer kürzlich erschienenen Schrift über „Die Steuerbelastung der deutschen Industrie“ ausgerechnet, daß die Steuern, die sie zahlen müssen, 18 vH mehr ausmachen als ihr ganzer Gewinn! Die Übertreibung ist so kindisch, daß die Unternehmer Aug läten, den Verfasser selbst beim Ohr zu nehmen. Denn so dumme ist doch keiner, daß er glaubt, die Unternehmer würden nicht nur ihren ganzen Gewinn, sondern noch 18 vH dazu als Steuern weggeben und trotzdem ihre Betriebe immer weiter führen. Nur aus reiner Lust am Steuerzahlen. Wo ist die Behauptung erlogen. Niemand wird die Höhe der Gewinne nicht angeben; so daß niemand nachrechnen kann. Nur um mehr konnte man aus den 118 vH, die die Steuern an sich schlagen, auf die Höhe des Gewinnes schließen. Aber das ist

ja alberne Spielerei. Etwas anderes jedoch ist angegeben, und daraus kann man eine Rechnung aufmachen, die den Vorzug hat, auf festen Zahlen zu beruhen. Wenn man nämlich die angeführten Steuern zusammenrechnet, und auf der anderen Seite das gesamte in den Unternehmungen angelegte Kapital ermittelt, also das eingezahlte Aktienkapital, die vorhandenen Rücklagen und die langfristigen Schulden, dann ergibt sich, daß die Steuern alles in allem genau 5 1/2 vH des Kapitals ausmachen, und zwar im Jahre 1925. Im folgenden Jahr sind den Unternehmern bekanntlich schon wieder Steuererleichterungen gewährt worden. Der Arbeiter muß 10 vH seines Lohnes als Steuer fortgeben, und er müßte sich schon den Luxus einer nicht arbeitenden Frau und vier nicht arbeitender Kinder leisten, um bis auf den Steuerfuß herunterzukommen, den die Unternehmer zahlen.

Wortbruch und Lüge, das sind die Säulen, auf welche die deutschen Unternehmer ihren „heiligen“ Kampf stützen, und sein Zweck ist: Aushungern der Arbeiter.

Deutschlands „Nutzen“ von der Rohstahlgemeinschaft

In den Hauptländern ist in der Erzeugung von Eisen und Stahl seit Juni dieses Jahres ein leichter Rückgang zu verzeichnen; nur die seit Monaten gut beschäftigte deutsche Eisenindustrie macht eine Ausnahme, denn die Zahl der sich unter Feuer befindlichen Hochofen hat sich Ende Juli um 2 auf 115 erhöht. Es werden in Deutschland erzeugt:

im April des Jahres 1927	128.000 Tonnen
Mal	137.800
Juni	132.800
Juli	132.000

Die Produktion von Rohstahl entspricht der Durchschnittsleistung im Jahre 1925. Der Betrag der monatlichen Durchschnittsleistung im Jahre 1925 betrug der monatliche Durchschnitt nur 1.004.000 Tonnen und im Jahre 1926 1.023.000 Tonnen. Dabei sind die Werke noch auf mehrere Monate hinaus stark beschäftigt, wozu die verstärkte Bautätigkeit und das auf fünf Jahre berechnete Bauprogramm der Reichsbahn ein übergesum, um die Auslastung der Eisenindustrie selbst auf längere Zeit hinaus günstig zu gestalten. Die Eisenindustrie ist eine unserer wichtigsten Schlüsselindustrien, eine Industrie, deren Produkte sämtliche anderen Wirtschaftszweige beeinflussen und die in sämtlichen Wirtschaftszweigen benötigt werden. Die äußerst straffe Organisation der Werke, besonders die Schaffung der deutschen Verbandspreise, haben es zuwege gebracht, daß eine Monopolstellung geschaffen wurde, die nicht zu durchbrechen ist und zu dem Ergebnis geführt hat, daß die deutschen Inlandpreise für Eisen und Stahl über dem Weltmarktpreis stehen.

In erster Linie war es die Produktivität der deutschen Eisenindustrie, die seinerzeit durch die Zusammenarbeit mit dem Auslande gefördert werden sollte und die zu dem Zusammenschluß der wichtigsten Produktionsländer von Eisen und Stahl in Europa, zur Bildung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft führte. Jetzt, nachdem die Internationale Rohstahlgemeinschaft längere Zeit gearbeitet hat, lassen die Ergebnisse den Schluss zu, daß die deutsche Eisenindustrie der Internationalen Rohstahlgemeinschaft in der Hauptrolle nur beigetreten ist, um ihre Monopolstellung auf dem deutschen Markt, der ihr bei einigen Anstrengungen durch die deutschen Zollschranken auch so verblieben wäre, nur um so sicherer zu befestigen.

Die Internationale Rohstahlgemeinschaft teilt den Eisenindustrien der angeschlossenen Länder einen bestimmten Anteil zu; da aber der deutsche Anteil von vornherein sehr knapp bemessen war, hat die günstige Konjunkturlage im Inlande bewirkt, daß die Erzeugungsgrenze in den drei Vierteljahren des Bestehens der Rohstahlgemeinschaft ständig überschritten wurde. Es betrug die Erzeugung im 1. Vierteljahr 575.000, im 2. Vierteljahr 959.000, im 3. Vierteljahr 834.000 Tonnen und die deutsche Eisenindustrie hatte demzufolge an Strafzahlungen zu leisten im 4. Vierteljahr 1926 1.200.000, im 1. Vierteljahr 1927 2.200.000, im 2. Vierteljahr 1927 1.000.000 Dollar. Zahlungen, die durch die zollpolitische Sicherung des deutschen Marktes für die deutsche Eisenindustrie und durch die einheitlichen Verbandspreise der Werke auf die Verbraucher im Inlande abgewälzt werden.

Da der Internationale Rohstahlgemeinschaft Frankreich, Belgien, Saargebiet und Luxemburg angeschlossen sind, und zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei eine Prevereinbarung getroffen ist, besteht für die deutsche Eisenindustrie auf dem deutschen Markt keine Konkurrenz; denn auch die von Belgien und Luxemburg nach Deutschland eingeführten Mengen werden durch die Verkaufsorganisation der deutschen Werke umgekehrt. Durch das Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages ist das Bestehen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft bis 1. Juli 1929 gesichert, denn nur mit dem Einverständnis aller Beteiligten kann die Rohstahlgemeinschaft vor diesem Zeitpunkte aufgelöst werden, was jedoch keineswegs eintreten dürfte, da alle Beteiligten aus der Rohstahlgemeinschaft Nutzen ziehen.

Nach den Bestimmungen des Vertrages der Rohstahlgemeinschaft hat derjenige Partner, der den ihm zugeteilten Anteil überschreitet, Strafzahlungen zu leisten. Da in Belgien und Luxemburg keine soweit ausgebauten Verkaufsorganisationen bestehen, kann es sich die belgische und luxemburgische Eisen-

industrie kaum erlauben, den ihr zugeteilten Anteil zu überschreiten. Die französische Eisenindustrie hat ihren Anteil in der Erzeugung nicht erreicht. Die deutsche Eisenindustrie konnte es sich nicht leisten, ständig den Anteil zu überschreiten und Strafzahlungen abzuführen; durch die Monopolstellung muß der deutsche Verbraucher die an die französische Eisenindustrie zu leistenden Zahlungen aufbringen. Die deutsche Eisenindustrie kann durch die alleinige Beherrschung des deutschen Marktes die Strafzahlungen durch die Erhöhung der Inlandpreise auf die Inlandkonsumenten abwälzen. Dies ist der bisher deutlich sichtbare einzige Nutzen, der die deutsche Eisenindustrie zur Internationalen Rohstahlgemeinschaft geführt hat.

Ausreden der Schwerindustriellen

Es ist zweifellos nützlich, darüber so oft wie möglich und recht deutlich über die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen zu schreiben. Sind doch 200.000 Arbeiter bei dieser Gruppe beschäftigt, und dann weiß jeder Arbeiter und Angestellte, welchen Einfluß die Gruppe auf Behörden und Arbeitgebergruppen anderer Industriezweige ausübt, nicht nur nachbarlich, sondern im ganzen Reich. Wenn es darum geht, der Arbeiterschaft Schwierigkeiten zu machen oder tarifliche oder gesetzliche Fortschritte zu hemmen, ist die nordwestliche Gruppe stets an der Spitze zu finden. Wenn einmal Titel auf Grund der Einstellung zur Sozialpolitik zuerkannt würden, dann müßten die deutschen Schwerindustriellen, abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, mit dem Namen „Generaloberreaktionäre“ bedacht werden.

Die Schwerindustriellen haben sich eine Kriegskasse zu gelegt. 5 A je Arbeiter muß geleistet werden, um den unvermeidlichen (!) Kampf mit der organisierten Arbeiterschaft und dem Reichsarbeitsminister aufzunehmen. Die Gewerkschaften können demnach das Parier zu sein, als nicht anzunehmen genügt sein möchte. Der Schwerindustriellen liegt die Verordnung vom 16. Juli 1927 über die Unterstellung der Stahl- und Walzwerksarbeiter unter den § 7 der Arbeitszeitverordnung — Einführung der dreigeteilten Schicht — und die Arbeitszeitverkürzung für die weiterverarbeitende Industrie mit entsprechender Lohnerhöhung im Wagen. Die Durchführung der Verordnung soll, koste es, was immer es wolle, verhindert werden. Natürlich tun dies unsere Schwerindustriellen nicht etwa, weil sie den arg schanzenden Hüttenarbeitern nicht die dreigeteilte Schicht gönnen. Die Schwerindustriellen haben auch ein warmes Herz für ihre Leute. Jedermann weiß das zur Genüge. Noch größer als ihre Arbeiterfreundlichkeit aber ist ihre Liebe zur deutschen Wirtschaft. Sie haben doch wiederholt erklären lassen, auch sie seien für die dreigeteilte Schicht, aber die arme deutsche Wirtschaft könne sie zurzeit nicht tragen. Die Sorge um das Wohl der deutschen Wirtschaft hat die Schwerindustriellen jeden Pfennig Lohnerhöhung ablehnen lassen, hat jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen bekämpfen heißen und läßt nun jetzt die Durchführung der dreigeteilten Schicht bekämpfen. Die Sorge um die deutsche Wirtschaft macht sich immer prompt geltend, wenn die Lage der Arbeiter verbessert werden soll. Und es ist die nämliche Sorge, die die Schwerindustriellen bestimmt, ihre Erzeugnisse dem Auslande billiger als den deutschen Verbrauchern zu überlassen. Das mag unbegreiflich klingen für den, der den Jargon unserer großen Patrioten nicht kennt. Man muß nämlich wissen, daß wenn sie von deutscher Wirtschaft reden, sie ihre eigene Tasche meinen. Die ganze deutsche Wirtschaft mitsamt dem lieben Vaterland kann ihnen gestohlen werden, wenn sie irgendwelches Opfer bringen sollen.

Es ist überflüssig, immer wieder zu betonen, daß die Schwerindustrie die dreigeteilte Schicht wohl zu tragen in der Lage ist. Wir haben wiederholt auf die unbestrittenen erheblichen Leistungssteigerungen hingewiesen, die die Gestehungskosten ganz erheblich vermindern und somit auch den Ertrag des Betriebes steigern. Die von der Eisen- und Stahlindustrie veröffentlichten Geschäftsabschlüsse sind wahrlich nicht schlecht, beweisen aber nicht die ganze Größe des Gewinns, weil darin noch die in das Jahr 1926 fallenden schlechten Monate enthalten sind. Das Jahr 1927 mit seinem längeren Geschäftsjahre wird bestimmt noch wesentlich günstigere Ergebnisse bringen.

Als bei den letzten Arbeitszeitverhandlungen die Gewerkschaftsvertreter darauf hinwiesen, daß in den Betrieben der weiterverarbeitenden Metallindustrie des übrigen Deutschlands der Achtstundentag teils erhalten geblieben ist, teils eine wesentlich kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne vereinbart worden sind (dabei ist hier noch besonders zu beachten, daß diese Werke für die Versorgung mit Brennstoff und Rohmaterial fürwärts weit schlechter liegen als dieselben Werke im Ruhrgebiet), erfolgte die Antwort: „Wir hätten die Besatzung zu ertragen.“ Allein, noch heute sind eine Reihe süddeutscher Städte besetzt, und die vor der Ruhr besetzt waren, und sie können trotzdem eine kürzere Arbeitszeit tragen. In der Erzeugung von Ausreden ist die nordwestliche Gruppe von jeder Meister gewesen. Die Industrie ist verschuldet! wird ausposaunt. Sparmaßnahmen und Anpassung an die Zeit wird der Arbeiterschaft in den Werkstätten empfohlen. Aber im eigenen Lager damit anzufangen, fällt den Schwerindustriellen nicht ein. Wir haben wiederholt auf die überaus hohen Direktorengehälter hingewiesen. Gehälter von 200.000 M sind keine Seltenheit, ja man spricht von 500.000 M und 700.000 M im Jahr. Auch wir anerkennen, daß die Tüchtigkeit gebührend



Technik und Werkstatt



Fortschritte in der Werkstoffforschung

Die außergewöhnliche Entwicklung der Eisenhüttenindustrie in den letzten Jahrzehnten wurde ermöglicht durch die Ausarbeitung neuer auf die Arbeitsmenge und auf die Arbeitsgüte bedachter Verfahren. Von diesen sind es besonders die Fortschritte in bezug auf die Arbeitsgüte, die in innigen Beziehungen zur Werkstoffforschung stehen, und zwar insofern, als die Verbesserung der Werkstoffe nur durch ihre planmäßige Untersuchung erzielt werden konnte. Man muß anerkennen, daß gerade die Hüttenindustrie von jeher ihren Untersuchungsanstalten eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat in der klaren Erkenntnis, daß neuzeitlichen Ansprüchen gerecht werdende Werkstoffe nur mit Hilfe der wissenschaftlichen Forschung erzeugt werden können. Es kommen dabei in Frage die chemische Analyse, die Festigkeitsprüfungen und die Metallographie.

Eine aufsehenerregende Erfindung, die mit Hilfe der chemischen Analyse zustande kam, war das Bessemer-Verfahren. Als nämlich Bessemer nach zuerst gelungenen Versuchen in der Birne innerhalb einiger Minuten große Stahlmengen zu erzeugen, diese Versuche wiederholen wollte und dabei von einer Roheisensorte von ähnlichem Äußeren wie bei den gelungenen Versuchen ausging, blieb der Erfolg aus. Erst die Untersuchung der Roheisensorten durch den Chemiker ergab, daß im ersten Fall ein phosphorarmes Roheisen verwendet worden war, bei den mißlungenen Versuchen dagegen ein phosphorreiches. Ähnlich verhält es sich mit dem Thomas-Verfahren. Auch hier verhalf die chemische Analyse zur Auffindung eines geeigneten feuerfesten Futters und der geeigneten Roheisensorten. Beide Verfahren, sowohl das Bessemer- als auch das Thomas-Verfahren, wären ohne die vorbereitenden Arbeiten des chemischen Laboratoriums nicht möglich geworden. Weiter verhilft heute die Kenntnis der chemischen Zusammensetzung der verschiedenen Eisenerze zur Gewinnung aller Arten von Roheisen entsprechend ihrem Verwendungszweck durch entsprechende Bemessung des Hammers und der etwaigen Zuschläge.

Hervorragendes ist mit Hilfe der Werkstoffforschung auf dem Gebiete der Stahlverarbeitung geleistet worden. Hier genügt die chemische Analyse nicht mehr, geeignete Wege zum Fortschritt zu zeigen oder Fehler im Werkstoff aufzudecken, vielmehr mußte der innere Stoffaufbau durch die Kleingefügeuntersuchung, die Metallographie klargestellt werden. Erst hierdurch war es möglich, Erklärungen zu finden für die verschiedenen ausfallenden physikalischen Untersuchungsergebnisse (Zerreihergebnisse zur Feststellung der Zerreiherfestigkeit, Dehnung, Streckgrenze, Streblichkeitsprobe, Weicheprobe, Härtebestimmung, magnetische Untersuchung u. a. m.) von anscheinend gleichem Werkstoff auf Grund der Verteilung und der Menge der im Stahl vorhandenen Fremdkörper. Die Schädlichkeit der Schlackeneinschlüsse, des Stäufstoffs und namentlich des Sauerstoffs wurde nachgewiesen und erfolgreiche Maßnahmen und Verfahren für die Durchführung der Desoxydation gefunden. Vom Schwefel und Phosphor wurde zwar erkannt, daß sie an sich ungünstig sind, doch ist es nicht so sehr ihr durchschnittlicher Gehalt im Stahlblock, der sie so unentwünscht macht, als ihre Neigung sich an bestimmten Stellen anzureichern. Auch in dieser Hinsicht wies die Kleingefügeprüfung neue Verbesserungsmöglichkeiten auf. Die Vorteile des elektrischen Ofens bei der Herstellung von Sonderstählen, namentlich die leichte Einstellbarkeit der Temperaturen, die Ausschaltung oxydierender Einflüsse, die günstigsten Desoxydationsverhältnisse, die gleichmäßige Stahlbeschaffenheit und mithin die hervorragenden Eigenschaften des so gewonnenen Stahles haben ständige Verbesserungen der elektrischen Schmelzöfen und eine weite Verbreitung dieses Schmelzverfahrens zur Folge gehabt.

Die Eigenschaften des Kobalts, dem Stahl hohe Magnetleistungen zu verleihen, hat zu neuem Magnetstahl geführt, als dessen Hauptbestandteil gilt, daß eine Verbindung dieser Magnetmetalle in Stabform anstatt in Pulverform möglich ist und daß man infolgedessen mit kürzeren Abmessungen (zum Beispiel bei Zündapparaten) auskommen kann. Zur Erhöhung der elektrischen Leitfähigkeit von Stahl werden an erster Stelle Silizium, Nickel und Chrom zum Stahl legiert; die gleichen Stoffe dienen zur Erhaltung hoher Streckgrenzen, während man für hohe Zerreiherfestigkeiten Nickel oder Mangan wählt. Eine Erhöhung der Streckgrenze wird neuerdings namentlich in dem mit Silizium legierten Stahl, dem sogenannten Siliziumstahl, angestrebt. Die Versuche auf diesem Gebiete sind noch bekanntlich im Werden. Die Arbeiten der Freund-W.G. mit ihrem Hochdruckofen in eingehender Weise angefaßt worden und haben ergeben, daß man einen niedriggelegten Stahl mit etwa 1 bis 2% Silizium ähnlich dem aus dem Hochdruckofen auch aus dem gewöhnlichen Siemens-Martin-Ofen, dem elektrischen Ofen und sogar aus der Thomas-Birne erzeugen kann. Der Siliziumstahl ist in erster Linie ein Baustahl und man wird infolge der ihm erzielbaren Gewichtersparnis mit seiner gesteigerten Beanspruchung für Hoch- und Brückenbauten zu rechnen haben.

Seit Erteilung des ersten Patentes im Jahre 1912 an die Firma Krupp für nichtrostende Stähle auf Grund und in Anlehnung der Arbeiten von Strauß und Maurer haben die Forscherarbeiten auf diesem Gebiet zu weiteren Erfolgen geführt. Die Kruppischen nichtrostenden Stähle sind Vierstoffstähle (Eisen, Kohlenstoff, Chrom, Nickel) im Gegensatz zu den amerikanischen und amerikanischen rostfreien Stählen, die Dreistoffstähle sind (Eisen, Kohlenstoff, Chrom). Die Bestrebungen gehen dahin, die Verhältnisse von Chrom, Nickel und Kohlenstoff der späteren Formgebung und der Verwendung des Stahles anzupassen. Dann werden zur Feinuntersuchung angefaßt bezüglich der Rostfreiheit von Kupferhaltigem Stahl. In Amerika ist man in dieser Hinsicht insofern weiter gekommen, als von der gesamten Erzeugungsmenge an legiertem Stahl etwa die Hälfte auf gelupferten Stahl entfällt. Für Stähle, die mit der Luft oder mit Rauchgasen in Berührung kommen, wird bei einem Kupfergehalt von etwa 0,25 bis mit einer um 50 bis 60% höheren Lebensdauer als bei kupferfreiem Stahl gerechnet. Da Kupfer dürfte demnach berufen sein, die besonders hohen Verluste an Stahl durch Korrosion erheblich einzuschränken.

Von den verschiedenen Werkstoffarten kommt dem Stellite und den stelliteähnlichen Legierungen eine besondere Bedeutung zu infolge ihrer höheren Schnittgeschwindigkeit gegenüber dem Schnellstahl. Eine stelliteähnliche Legierung, das Nitro (38 bis 40% Kohlenstoff, 50% Chrom, 16% Wolfram, 10% Nickel, 4% Vanadium,

Molybdän, 2 bis 5% Kohlenstoff besitzt im Vergleich zum Stellite eine größere Zähigkeit, wobei die Schneidfähigkeit nicht vermindert wird. Celsit und Caedit gehören auch zu den stelliteähnlichen Legierungen, bei denen ebenso wie beim Nitro dem Wolfram eine besondere Rolle zukommt. Der Einfluß der Warmbehandlung auf die Eigenschaften des Stahles ist von verschiedenen Forschern untersucht worden; für die Erzielung der besten Festigkeitseigenschaften sind Glühtemperaturen der vollständigen Umkristallisation ermittelt worden.

Bei Anerkennung der Erfolge auf dem Gebiete der Hütten-technik darf nicht außer acht gelassen werden, daß zwar die wissenschaftliche Forschung der Werkstoffe in erster Linie die Bahn zu diesen Erfolgen gewiesen hat, daß sie aber nicht möglich gewesen wären, wenn der praktische Betriebsmann es nicht verstanden hätte, selbst wissenschaftlich zu denken und die Ergebnisse des Laboratoriums auf die industrielle Fertigung zu übertragen. Auch die kritische Stellungnahme der Verbraucher von Werkstoffen hat die Erzeuger von Werkstoffen veranlaßt, dieser oder jener Frage mehr Bedeutung zu widmen, so daß auch auf diese Weise Verbesserungen und Fortschritte zustande kamen. Es ist anzunehmen, daß durch eine derartige sachliche Gemeinschaftsarbeit zwischen Erzeugern und Verbrauchern das Gebiet der Werkstoffforschung nur günstig beeinflusst wird.

Schlüssel für abgebrochene Gewindebohrer

Daß ein Gewindebohrer auch einmal abbricht, ist unangenehm, aber unvermeidlich. Man hat dann seine Not, das abgebrochene Ende aus dem Bohrloch wieder herauszuholen, zumal da es viel fester sitzt als eine gewöhnliche Schraube. Zum Glück hat aber jeder Gewindebohrer drei oder vier Längsritze, die zwischen Bohrer und Gewindebohrung Raum freilassen. In diese Ritze (Abb. 1) muß das Werkzeug eingreifen, das den abgebrochenen Bohrer wieder herausholt.

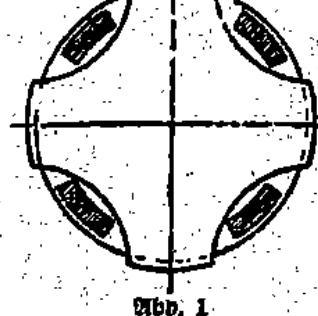


Abb. 1

Abb. 2 zeigt, wie man es sich leicht herstellen kann. Einem Stück Rundstahl gibt man einen Vierkant an dem einen und einen Längsbohrung am anderen Ende. Dann schneidet man Schlitz von solcher Breite aus, daß die stehenbleibenden Enden gerade in die Ritze zwischen Bohrer und Bohrung hineinpassen. Natürlich muß man den äußeren und inneren Durchmesser des Werkzeugs von vornherein den Massen des Bohrers angepaßt haben. In Abb. 1 sieht man, wie der Schlüssel ansetzt und das Gewindebohrerende herausdreht.

Das Werkzeug lohnt sich natürlich nur dann, wenn man verhältnismäßig große Mengen gleicher Gewinde zu schneiden hat, denn es paßt ja immer nur für ein und dieselbe Bohrergröße.

Der Rhein-Main-Donau-Kanal

Schon Karl der Große (742 bis 814) erstrebte eine schiffbare Verbindung zwischen den beiden Hauptströmen des deutschen Sprachgebietes — zwischen Main und Rhein — und in den späteren Jahrhunderten ist dieser Plan immer wieder ausgetaucht. Durch den Ludwigskanal, erbaut 1836 bis 1845, der bei Kelheim unter Benutzung der kanalisiertierten Main bei Donau verläuft und bei Bamberg in die Regnitz mündet, wurde der Plan verwirklicht, denn der Main ist von der Regnitzmündung an schiffbar. Aber der Ludwigskanal erfüllt die an ihn gestellten Erwartungen wegen seines geringen Tiefgangs (1,6 Meter) nicht und die Wünsche nach einer besseren Verbindung wurden immer lebhafter. Ende 1921 wurde die Rhein-Main-Donau A.G. errichtet mit dem Plan der Schaffung einer Großschiffahrtsstraße für Schleppzüge mit 1200 Tonnen Donau- und 1500 Tonnen Rheinfähren. An der A.G. sind das Reich, Bayern, Baden, Hessen und die an der Schiffahrtsstraße liegenden Städte beteiligt. Bei dem Bau ist die Wasserstraße zwischen Main und Donau zu überwinden. Von Alshausen bis zur Scheitelhaltung muß der Kanal 296 Meter aufsteigen, von Passau bis zur Scheitelhaltung beträgt der Aufstieg 126 Meter.

Ein „hunkler“ Punkt ist die Wasserschaffung. Im fränkischen Jura befinden sich in den Höhenlagen nur und deutliche Wasserläufe. Um die nötige Wassermenge zu erhalten, soll der Bach in Anspruch genommen werden. Dieser aus den bayerischen Alpen kommende Fluß hat noch in seinem Unterlauf eine solche Höhenlage, daß sein Wasser durch einen Kanal in natürlichem Gefälle dem Scheitel des Rhein-Main-Donau-Kanals zufließen kann. Der Kanal soll in 30 Meter Höhe über das Donau auf hinweggeführt werden, die Querriegel des Jura mit Tunneln durchbrechen und bei Silpshausen die Scheitelhaltung des Rhein-Main-Donau-Kanals erreichen. Der Beginn des Baues dieses „Reichsbühnen“ liegt allerdings noch fern.

Gegen den Bau des Kanals bestand von Anfang an ein starker Widerstand und der Plan konnte sich nur durchsetzen, weil der Schiffahrtsweg gleichzeitig zur Gewinnung von elektrischem Strom ausgenutzt werden sollte. Zur Überwindung der Steigungen im fränkischen Jura sind 49 Schleusen notwendig. Im Lauf des Kanals sind 35 Kraftwerke vorgesehen.



DIE GROSSSCHIFFFAHRTSSTRASSE RHEIN-MAIN-DONAU mit den in ihrem Laufe angelegten 35 KRAFTWERKEN

Bei Alshausen besteht schon längere Zeit ein Kraftwerk, die unter Mainmühle. Zurzeit wird ein Kraftwerk bei Passau (Kraftwerk) gebaut und nächstens in Betrieb genommen. Dieses entstand, weil zwischen Alshausen und Passau auf einer 27 Kilometer langen Strecke Felsriegel und Klippen liegen (die den Namen „Kägel“, „das Herold“, führen) und die bei dem vorliegenden Gefälle nicht gesprengt werden können. Zur Erreichung der erforderlichen Fahrhöhe von 2 Meter und Fahrbreite von 80 Meter mußte die Donau um 9 Meter aufgestaut werden. Es lag nahe, das hierdurch entstehende Gefälle zur Gewinnung elektrischer Energie auszunutzen.

Die weiteren Arbeiten zum Ausbau von Kraftwerken am Kanal sind ins Stocken geraten. Es wird behauptet, der bayerische Staat selbst hindere den Fortgang der Arbeit oder er treibe zum mindesten passiven Widerstand gegen seinen Vertragspartner, das Reich. Bayern fürchtet anscheinend den Wettbewerb des Wasserstroms, der durch die Kraftwerke der Rhein-Main-Donau A.G. der Bayernwerk A.G., dem Walchenseewerk und den Starwerken entstehen muß. Der Ausbau dieser staatlichen Kraftwerke ist nach dem Grundgesetz erfolgt, daß die Kraftwerke der Kraftzeugenden Betriebe nicht nur mit dem wachsenden Strombedarf des Landes Schritt halten, sondern diesen übersteigen muß. Aus diesem gutgemeinten Plan ist ein Überangebot von Strom geworden, das keinen Wettbewerb neuer Kraftwerke verträgt, weil im kapitalistischen Staat „naturgemäß“ der Gewinn und der Kapitaldienst ausschlaggebend ist.

Die halbamtliche bayerische Presse spricht zurzeit mit einer gewissen Enttäuschung von der Möglichkeit, daß die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau ein Stückwerk bleibt. Hinter diesen Äußerungen steckt eine bestimmte Absicht, das ist jedem Eingeweihten klar. Im Hinblick auf die Verwendung öffentlicher Mittel zum Bau des Kanals ist es unerlässlich, daß eine Aufklärung über die weiteren Pläne zum Ausbau dieses so groß aufgezogenen Unternehmens erfolgt.

Schwingenflieger

Unsere heutigen Flugzeuge sind im Grunde fliegende Motoren, die mit ungeheurer Urtwamb betrieben werden. Bei dem heutigen Stand der Flugzeugtechnik ist, trotz der gelungenen Ozeanüberquerungen, ein regelmäßiger Verkehrsflug von Kontinent zu Kontinent unmöglich. Die Maschinen genügen gerade, um für die weite Strecke die nötige Brennstoff- und Ölmenge mitzuschleppen, sie sind für die Beförderung von Nutzlast ungeeignet. Es muß also versucht werden, eine Antriebsart für Flugzeuge zu finden, die mit wesentlich geringerem Kraftbedarf arbeitet. Nun kommt aus Wien die Nachricht, daß dort in der Person von dem in der Flugtechnik bestens bekannten Ingenieur Franz Wels eine Flugzeugart erfinden wurde, die diesen Anforderungen voll und ganz neue Ausrichtungen für die Konstruktion der modernen Großflugzeuge anlehnt. Es handelt sich hierbei um das seit langem verlassene Problem des Schwingenfliegers. Der Schwingenflieger ist in der Natur vorherrschend. Alle Vögel und auch die Insekten bedienen sich des schwingenden Flügels sowohl zum Vor- als auch zum Auftrieb. So war es kein Wunder, daß die ersten Flugzeugkonstrukteure, von Leonardo da Vinci bis in die neueste Zeit hinein, bestritten waren, solche Schwingenflieger zu schaffen. Auch der Meister der Flugerkunst, der leider viel zu früh verstorben Ingenieur Otto Lilienthal, ging bei seinen ersten Versuchen von einem Schwingenflieger aus, mit dem er systematische Versuche unternahm. Sein betagter Bruder, mit dem er gemeinsam viele seiner Konstruktionen durchführte, arbeitet noch heute in einem Schuppen des Flugplatzes in Tempelhof an der Verwirklichung dieses Lieblingsgebührens. Auch er sieht in dem Propellerflugzeug noch keine befriedigende Lösung des Menschenfluges. Der erste, dem es gelang, sich für einige Sekunden mit einem solchen Schwingenflugzeug in die Luft zu heben, war der Franzose Colombe, der um 1910 herum seine Versuche in Lyon durchführte. Er hatte seine Konstruktion jedoch recht roh durchgeführt. Er beschätzte, den Flügelschlag auch zur Fortbewegung zu benutzen. Er benutzte zwei Doppelflügel, die in der Mitte um zwei Pappen schwingen konnten. In den inneren Seiten der beiden Doppelflügel war eine Gelenkverbindung angebracht, an die die Schubstangen angriffen, durch die das Schwingen der Flügel erzeugt wurde. Viele andere Konstrukteure, wie der Schwede Wallin, der Deutsche Rutenberg, gingen ähnliche Wege. Andere versuchten durch rotierende Flügel die gestellte Aufgabe zu lösen. Keine dieser Arbeiten war aber ein wirklicher Erfolg. Weder Modelle noch ausgeführte Flugzeuge sind tatsächlich geflogen.

Erst die Arbeiten von Wels geben Anlaß zu der Hoffnung, daß dem Schwingenflieger nun doch die Zukunft gehören wird. Wels hat nun nicht etwa den Flug der Vögel nachgemacht, sondern seine Flügel in Gleitbahnen am Rumpf beweglich befestigt. Ein Kurbelgetriebe sorgt dafür, daß sie in diesen Bahnen sich auf und ab bewegen können. Die hintere Hälfte Tragfläche ist dabei elastisch gebaut. Das ist für den Vortrieb, der durch die Gesamtkonstruktion der Flügel erzeugt wird, sehr wichtig. Die Modelle, die Wels in größerer Zahl mit seinem Mitarbeiter, Dr. Ing. Reiffenstein, anfertigte, unterscheiden sich äußerlich von gewöhnlichen Flugmaschinen nur durch das Fehlen des Propellers. Erst beim Arbeiten des Motors bemerkt man, daß hier eine besondere Antriebsart für die Fortbewegung gewählt ist. Das Wichtigste aber bei dieser neuen Konstruktion ist nicht die Tatsache, daß diese Maschinen fliegen, sondern der Umstand, daß zu ihrem Betrieb ein wesentlich geringerer Kraftverbrauch gemessen wurde. Versuche an einem großen Modell haben gezeigt, daß die hier zum Antrieb notwendigen Kräfte sich zum Propellerantrieb verhalten wie 1:12 oder Lager 1:15, das heißt ein Flugzeug, das bei Propellerantrieb 200 PS benötigt, könnte mit ungefähr 15 bis 20 PS die gleiche Leistung ausführen. Das bedeutet aber auch gleichzeitig eine entsprechende Verminderung der Benzin- und Ölverbräuche. Selbst wenn man annähme, daß dieses Flugzeug eine nur halb so große Geschwindigkeit erzielen könnte, als ein starkmotorisiertes Propellerflugzeug, so würde dennoch das Schwingenflugzeug vorzuziehen sein, da bei ihm tatsächlich kaum für „zahlende Last“, für Passagiere und Fracht übrig bleibt. Die gesamte Verkehrsfliegerei würde durch diesen ungeheuren Minderbedarf an motorischer Kraft, an Benzin und Öl endlich einmal wirtschaftlich gestaltet werden können, was für die Rentabilität der Unternehmen zu befürchten ist.

Lehrreich ist die Tatsache, daß auf Kosten eines polnischen Großindustriellen ein Flugzeug nach dem Beispiel von Wels durch einen Mitarbeiter dieses hervorragenden Konstrukteurs ausgeführt wurde. Leider hatte man bei dieser recht einfachen Verwirklichung Welscher Ideen vergessen, die hinteren Teile der Tragflächen elastisch zu gestalten. Immerhin zeigte diese noch dazu mit einem schwachen Motor ausgerüstete fehlerhafte Maschine bereits so gute Flugeigenschaften, daß man nur wünschen dürfte, Wels könnte nach eigenen Plänen große Versuchsmaschinen bauen, mit denen die an Modellen gemachten Experimente fortgesetzt werden, so daß in absehbarer Zeit die neue Flugzeugart machbar wird. Natürlich werden die ersten Großmaschinen dieser Art nicht gleich das halten, was die Modelle versprochen, aber in der Technik ist es bisher immer so gewesen, daß im Prinzip richtige Ideen erst nach längerer Zeit in der Praxis in befriedigender Weise verwirklicht werden konnten. Nehlen Endes wäre es ja auch für die moderne Flugtechnik geradezu ein Armutszeugnis, wenn sie ihren heutigen Stand als befriedigend ansehen wollte. Sicherlich wird ja geradezu das Streben nach der Überquerung der Ozeane im regelmäßigen Flugverkehr es notwendig machen, alle sich bietenden Verbesserungen der Flugtechnik zu unteruchen. In den Arbeiten von Wels aber scheint sich ein Weg zu bieten, um die Sportleistungen von heute zur Alltätigkeit von morgen umzuwandeln. SPD.

Sobald der heimische Markt ausgebaut ist und überall in der Welt sich das erreichen, wird der Exporthandel zum natürlichen und gesunden Austausch jener Waren werden, die ein Land im Überflusse hat und ein anderes benötigt. Der gegenwärtige Weltmarkt um die Weltmärkte entspringt hauptsächlich der Ausbeutung der Welt.

Genau Nord: Das große Heute, das größere Morgen.



Gesundheit



Gefährdung der Volksgesundheit durch Wohnungsnot

Von Dr. med. Max Grünwald

Einen Mangel an Wohnungen hat es in Vorkriegszeiten fast nirgends oder nur zeitweise an einzelnen Stellen in Industriegebieten gegeben, wo die Zahl der Kleinwohnungen mit dem Aufstieg der Industrie nicht stets hat Schritt halten können. Die Wohnungsnot in Vorkriegszeiten hat im wesentlichen nur die wirtschaftlich Schwachen betroffen; ein Mangel in der Beschaffenheit der Wohnung ist damals nur in hässlichen Wohnbauten aus älterer Zeit und auch auf dem flachen Lande vorhanden gewesen, wo aber ein Ausgleich durch häufigen Aufenthalt im Freien bestanden hat. Damals, in Vorkriegszeiten, ist die Wohnung sicherlich nicht immer die Ursache von solchen Störungen der Volksgesundheit gewesen, für die man sie ohne weiteres oft herangezogen hat, sondern die Wohnung hat damals ein besonders in die Augen fallendes Anzeichen für vielerlei Schaden in der Volksgesundheit dargestellt. Flügge hat zum Beispiel darauf hingewiesen, wie sehr die Tuberkulose vor dem Krieg abgenommen hat, obgleich die Wohnweise in den Städten die gleiche geblieben ist; denn Beruf und Wohlhabenheit haben einen weit größeren Einfluss auf die Entstehung der Tuberkulose und erst von ihnen ist die Wohnnotigkeit abhängig. In der Gegenwart aber haben viele Schädigungen der Volksgesundheit ihre Ursache direkt in der Wohnung, weil infolge des engen Zusammendrängens der Bevölkerung und des Mangels an neuen Wohnungen sowie des allmählich vollkommenen Verfalls zahlreicher anderer Wohnungen eine außerordentliche Zunahme der Wohnnotigkeit entstanden ist.

Die durchschnittliche Einwohnerzahl jedes Hauses betrug im Jahre 1921 in London 7,8, in Newyork 7,2, in Paris 3,3, in Berlin 7,9; eine Arbeiterfamilie von vier Köpfen bewohnte im Jahre 1925 an Durchschnittsräumen in Amerika 5, in England 3, in Frankreich 2,5, in Deutschland 1,4. Von dem im Jahre 1925 in Berlin ermittelten Wohnungen hatten 47 889 Familien nur einen Raum und 336 279 zwei Räume, die Küche mit eingeschlossen. In Berlin wurden zum Beispiel in den sechs Jahren 1919 bis 1924 an Stelle des nach der Vorkriegsnorm errechneten Solls von 180 000 Wohnungen neu hergestellt nur: 11 937 Dauerwohnungen, 2590 Barackenwohnungen, 22 355 Notwohnungen und 990 Wohnlauben. Der Wohnungsbestand des alten deutschen Reichsgebietes betrug 1914: 15 Millionen Wohnungen; der jährliche Zuwachs 1,3 v. H. = 200 000. In den Kriegsjahren 1914 bis 1918, in denen gewöhnlicher Weise eine Million Wohnungen hätten geschaffen werden müssen, sind nur 51 400 Wohnungen entstanden, so daß rund 950 000 Wohnungen fehlten, und zwar besonders Kleinwohnungen, die nach dem Krieg stark benötigt wurden. Die Wohnungszählung vom 1. Mai 1927 ergab ferner, daß die Gesamtzahl der Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung in ganz Deutschland 103 812 beträgt, und zwar 660 368 Haushaltungen und 243 444 Familien ohne eigenen Haushalt. Die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse läßt kaum noch einen Zweifel zu über den nachteiligen Einfluss auf die Volksgesundheit.

Die Mauern eines Zimmers umschließen einen gewissen Luftraum, den sie von der übrigen Luft abtrennen, und der wesentlich mehr Kohlenäure und meist auch mehr Wasser enthält als die Außenluft, weil die im Raum wohnenden Menschen durch ihre Ausatemungsluft den Kohlenäure- und Wassergehalt und durch ihre Hautausdünstung weiterhin den Wassergehalt des Luftraumes erhöhen, dazu kommen noch eine Reihe von Geruchstoffen, welche die Menschen an die Zimmerluft abgeben, und die dadurch, daß sie lästig fallen, die Atmung oberflächlich werden lassen. Ein ruhender Mann zum Beispiel gibt in einer Stunde 130 Wärmeinheiten ab, 20 Liter Kohlenäure und 60 Gramm Wasser. Gefährlich ist nun die enge Verührung durch den gegenseitigen „Dunstkreis“ mit spezifischen und unspezifischen Infektionen. Seht man die Sterblichkeit an Seuchen (Scharlach, Masern, Diphtherie, Keuchhusten, Typhus usw.) in Wohnungen mit 1 bis 2 Bewohnern je Zimmer = 100, so beträgt die Seuchensterblichkeit, bei 3 bis 5 Bewohnern je Zimmer 143 v. H. und bei über 5 Bewohnern je Zimmer 149 v. H.; die Seuchensterblichkeit ist also um so höher, je enger zusammengeengt die Menschen wohnen. Auch das sogenannte „Trockenwohnen“ großer Neubauten ist gesundheitschädlich, weil in umfangreichen Mauerwerken kurz nach dem Bauen Wassermengen enthalten sind, die die Wohnung so lange feucht machen, bis sie verdunstet sind, und zwar enthält 1 Kubikmeter frischen Mauerwerks etwa 200 Liter Wasser. Bei Untersuchung über Wohnungsverhältnisse insbesondere über Kleinwohnungen und deren Mieter in Greifswald konnte Friedberger bei 100 Kleinwohnungen in der Stadt Greifswald während des Winters 1920 bis 1921 einen durchschnittlichen Rauminhalt von 7,2 Kubikmeter pro Person feststellen, während als Luftraum pro Person (über 10 Jahren) mindestens 10 Kubikmeter, nach Flügge sogar 15 Kubikmeter, das heißt etwa die Hälfte des Ventilationsbedarfes gefordert werden. Bei 100 wahllos herausgegriffenen Kindern dieser 100 Wohnungen wurden bei den jugendlichen im Alter von 6 bis 13 Jahren Messungen von Körpergröße und Gewicht vorgenommen und festgestellt, daß 69 v. H. der untersuchten Knaben und 62 v. H. der Mädchen hinter den Normalmaßstab von Größe und Gewicht zurückliegen, restlich waren 18 und 14 mit Krätze behaftet.

Den schädigenden Einflüssen der Wohnung wird ein Mensch mit kräftigem Organismus, solange er gut genährt ist, besser widerstehen als ein geschwächter Mann, zumal wenn er sich, wie der Außenarbeiter, nicht dauernd in der Wohnung aufhält. Fischer, Schiffer, Bauern, Förster, Holzschneide können selbst bei schlechter Wohnung sehr gesund sein, denn sie werden nicht von Licht und Luft abgeschnitten. Für den Städter aber, der den Arbeitstag im Hause verbringt, bedeutet diese ungesunde Wohnung eine Gefahr. In Budapest hat man während der Jahre 1911 bis 1922 die Tuberkulosesterblichkeit bei Knaben und Mädchen verglichen und festgestellt, daß von je 100 Kindern starben: Im Alter von 0 bis 5 Jahren 51 v. H. der Knaben und 49 v. H. der Mädchen, im Alter von 5 bis 10 Jahren 40,5 v. H. der Knaben und 59,5 v. H. der Mädchen, im Alter von 10 bis 15 Jahren nur 28 v. H. der Knaben aber 71,3 v. H. der Mädchen. Diese Aufstellung beweist, daß die Mädchen, die im zunehmenden Alter zur Hausarbeit herangezogen werden und also im Hause leben, der Tuberkulose infolge der durch Hausarbeit höheren

Ansteckungsgefahr häufiger verfallen als die Knaben, die öfter an die frische Luft kommen. In schlechten, engen Wohnungen „ohne Auslauf“ verkümmern die Menschen, sie bleiben klein, werden schwächlich, blutarm und rachitisch; es fehlen die „Lebensreize“ von Licht, Luft und unmittelbarer Sonneneinstrahlung.

Die Wohnungsnot bedeutet aber nicht nur eine Gefährdung der körperlichen Gesundheit, sondern sie hat auch von erheblichem Einfluß auf die sittliche Gesundheit. Nach Berichten einer großen Strafananstalt im Westen Deutschlands vom 15. Juli 1920 wohnten von 758 Insassen in der Jugend in der Wohnungsgruppe 0 (eine Person, 2 und mehr Räume): 7 Diebe und 2 Fehler, in der Wohnungsgruppe 1 (eine Person, weniger als 2 mindestens einen Raum): 91 Diebe und 2 Fehler, in der Wohnungsgruppe 2 (eine Person, weniger als einen halben Raum): 255 Diebe und 2 Fehler; in gleicher Weise stieg die Zahl der Urkundenfälscher von 1 auf 8 und 18, die Zahl der Raub- und Blünderer von 1 auf 5 und 19, die Zahl der politischen Verbrecher von 2 auf 33 und 92, die Zahl der sonstigen Gefangenen von 1 auf 12 und 16. Je geringer also der in der Jugend vorhanden gewesene Wohnraum war, um so größer war die Beteiligung der Betreffenden an strafbaren Handlungen; insgedessen kann man sagen, daß „je enger die Menschen zusammengepfercht sind, desto höher für sie die Gefahr ist, sittlich



Diese wohlgemeinte Hilfe verschlimmert häufig das Übel

zu verwahrlosen und auf die Bahn des Verbrechens zu geraten.“ Knoll führt als Schulbeispiel den Fall einer neunköpfigen Familie an, die im Jahre 1920 in Berlin in der Königsberger Straße zusammen Stube und Küche bewohnte. Aus dieser Familie gingen hauptsächlich infolge des Wohnungselends im Verlaufe von etwas über vier Jahren Verbrechen hervor, wie zum Beispiel Blutschande und führten zu Gefängnis, Irrenanstalt, Verklumpung, Sittenkontrolle usw. Nur der 16jährige zweite Sohn, der sich auf eine Landstelle in Pommern zu flüchten vermochte, ist ordentlich, ihm geht es gut. Töbden konnte bei dem von ihm untersuchten Fällen von Blutschande in nur 20 v. H. der Fälle die Wohnverhältnisse als gut befinden, in 33 v. H. als eben ausreichend und in 46 v. H. als sehr schlecht bezeichnen; unter den vorbeugenden Maßnahmen weist er der Wohnungshygiene eine große Bedeutung zu und fordert, daß dem Zusammenwohnen vielköpfiger Familien in den Großstadtabteilen und überhaupt in engen, nicht ausreichenden Räumen ein Ende zu machen sei.

Nach der Veröffentlichung von M. Herz (Wien) im Jahre 1924 kommt der Wohnungsnot Bedeutung zu als auslösender und inhaltlicher Umstand bei Neurosen und Psychosen, also bei nervösen und seelischen Erkrankungen; diese Tatsache kommt bereits deutlich zum Ausdruck in dem Material der psychiatrischen Klinik. Auch der Alkoholismus hat eine seiner stärksten Wurzeln im Wohnungselend. Wenn das Heim keine Stätte ruhiger Erholung und Erbauung ist, sondern nur ein dumpfes Nebeneinanderwohnen gestattet, so werden zahlreiche Männer ins Wirtshaus getrieben. Leider hat schon in den Vorkriegsjahren bei weitem Bevölkerungskreisen die Neigung bestanden, in erster Linie an der Wohnung zu sparen. Viele Arbeiter sind durch das Wohnungselend, welches sie von Jugend auf mitgemacht haben, so abgestumpft, daß sie gar nicht darauf kommen, eine bessere Wohnung zu erstreben, sondern Ersatz für ein gemütlisches Heim in äußeren Vergnügungen, Kino, Alkohol, Tabak, Pug usw. suchen.

Nach den Ausführungen von Stadtbaurat Ellert (Hannover) müssen in Deutschland, um die Wohnungsnot zu beheben, jährlich 300 000 Wohnungen hergestellt werden, und zwar besonders Kleinwohnungen, die aber nicht mehr als 400 M. Miete = 1/2 des Jahreseinkommens von 1600 M. kosten dürfen; da jährlich in Deutschland 1,8 Milliarden Mark an Hauszinssteuern erhoben werden, so lassen sich davon bei einem Zinssatz von 6000 M. pro Wohnung die erforderlichen 300 000 Wohnungen beschaffen, wenn die Hauszinssteuer restlos dem Wohnungsbau zugute käme. Die Erhaltung der bestehenden Wohnungen und die Beschaffung möglichst vieler neuer um jeden Preis ist unbedingt notwendig, denn die Wohnungsnot bedeutet eine Gefährdung der Volksgesundheit.

Krankentasse und Naturheilkundige

Es kommt des öfteren vor, daß Versicherte am Kassenschalter das Verlangen äußern, einen Naturheilkundigen in Anspruch nehmen zu dürfen. Wenn dann der abfertigende Angestellte darauf aufmerksam macht, daß die Kasse dem Verlangen nicht entsprechen könne, so läßt dies meist Verärgerung bei den Versicherten aus. Das Gesetz räumt zwar den Kassen die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten ein, das heißt, nicht die Angestellten der Kasse, sondern der aus Versicherten und Unternehmern zusammengesetzte Vorstand und Ausschuss bestimmen, welche die Mittel verwendet werden. Doch hat diese Selbstverwaltung bestimmte Grenzen, bei deren Überschreitung die Aufsichtsbehörde kraft ihrer gesetzlichen Befugnisse einschreitet. Warum kann nun diesem häufig geäußerten Verlangen nicht entsprochen werden?

Die Kassen sind gehalten, ihren Versicherten im Krankheitsfall ärztliche Hilfe zu gewähren. Die Kassen können nicht etwa eine Selbstsumme geben, sondern müssen diese ärztliche Hilfe den Versicherten gewähren. Nur in den Ausnahmefällen des § 370 RVO, das heißt, wenn die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten abschließen kann oder die Ärzte ihrerseits den Vertrag nicht erhalten, kann das Oberversicherungsamt die Kasse auf ihren Antrag widerruflich ermächtigen, statt der ärztlichen Behandlung eine bare Leistung zu gewähren. Das Gesetz schreibt also vor, daß die Kassen ihren Versicherten ärztliche Hilfe gewähren müssen; es schreibt aber auch weiter vor, daß diese Hilfe nur durch approbierte Ärzte gewährt werden darf. Es heißt im § 122 der RVO: „Die ärztliche Behandlung im Sinne dieses Gesetzes (der Reichsversicherungsordnung) wird durch approbierte Ärzte, bei Zahnkrankheiten auch durch approbierte Zahnärzte geleistet. Sie umfaßt Hilfeleistungen anderer Personen, wie Vater, Gebammen, Heilbedienter, Heilgehilfen, Krankenwärter, Kassen- und dergleichen, sowie Zahnkünstler, und dann, wenn der Arzt (Zahnarzt) sie anordnet, oder wenn in dringenden Fällen kein approbierter Arzt (Zahnarzt) zugezogen werden kann.“

Aus Vorstehendem ist ersichtlich, daß die Kassen eine Behandlung durch Naturheilkundige ablehnen müssen. Darum hat das Schelten auf die Kassen keinen Sinn, denn sie müssen sich nach den gesetzlichen Bestimmungen richten.

Mahlzeitenbeschränkung im Mittelalter

Nur mit Schauern erinnern wir uns jener Zeiten des Weltkrieges, da uns alterhand Parteien die Sicherheit eines Rechtsanspruches auf gewisse Truchteile lebensnotwendiger Nahrungsmittel gewährten. Der Gedanke des Weltkrieges gibt uns Gelegenheit, in den Schichten unserer Vergangenheit nach besonders eindrucksvollen Erscheinungen in dieser Richtung zu forschen. Die Franzosen haben es leichter als wir, sie brauchen nicht erst danach zu suchen, sie können davon noch als von Zeitgemäßen leben. Vielleicht begründet das ihre nachfolgende Haltung in allen Dingen, die Krieg und Frieden betreffen, vielleicht auch ihre oft lächerliche Furcht, die sich in manchen Maßnahmen ihrer Militärs als angeblühtes Sicherungsmittel gegen eine Notdangere äußert...

Poincaré hat bekanntlich als Bestandteil seines Feldzuges gegen die Frankfurter Wertung zu Verwaltungsmaßnahmen gegen Verwöhnung auf mancherlei Gebieten gegriffen. Unter anderem dürfen die französischen Restaurants warme Mahlzeiten mit mehr als zwei Gängen nicht verabfolgen. (Übrigens auch die belgischen Wirtschaften nicht!) Der „Matin“ versuchte seine Leser kürzlich mit einigen Ausgrabungen aus der französischen Geschichte zu trösten. So waren gegen Ende des 16. Jahrhunderts ähnliche Bestimmungen in Kraft. Wegen Missetaten in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren durften damals selbst in Privathaushalten Mahlzeiten mit mehr als drei Gängen nicht zubereitet werden. Das Edikt von 1563 erlaubte nur eine Vorspeise (Suppe, Trüffel oder Pastete), ein Fleisch- oder Fischgericht und eine Nachspeise. Übertretungen mußten mit 200 Livres bestraft werden, in Wiederholungsfällen sogar mit 400. Diese Strafe traf nicht um die Gastgeber verbotener Mahlzeiten, sondern auch die Gäste selbst. Der Koch bekam zwei Tage Gefängnis bei Wasser und Brot. Dieß er sich häufiger bei der Zubereitung edelwürdiger Mahlzeiten erweisen, wurde er geprügelt und des Landes verwiesen! Das Edikt war zwar recht schön, aber nicht durchführbar, weil es nicht genügend Kontrollbeamte gab und mußte nach einmonatiger Dauer aufgehoben werden. Zwei Jahre später aber erschien eine neue königliche Verordnung, die das Verbot von Geheimkochen (Schwarzkochen) hieß das im Kriege) aussprach und weiter für Hoteliers und Restaurateure den Zwang zur sichtbaren Aushängung ihrer Preisse festsetzte. Der regierende König Karl IX. begründete diesen Maß mit den Worten: „Um unsere geliebten Untertanen billiger leben lassen zu können...“ und beging damit denselben Fehler, wie unsere bekanntesten Höchstpreisverordnungen während der Kriegszeit.

1639 erschien die letzte französische Sparmaßnahme dieser Art: Sie verbot den Gastwirten, bei Hochzeiten und Festlichkeiten mehr als einen Laler für das Essen zu nehmen. Dann machten auch Frankreichs Könige mit diesem „Dogenerblassen“ Schluss, wie sich Ostel Präzis ausdrücken würde. Daß Herr Poincaré es wieder aufgenommen hat, zeigt zwar, in welcher Gedankenwelt er lebt, aber das geht uns schließlich nichts an...

Besserung der Lebenshaltung heißt Gesundheit

Aber Tuberkulosesterblichkeit und Industrialisierung Europas verflochten die Berliner Stadtschulrat Dr. Georg Wolff eine statistisch-hygieneische Untersuchung. Er kommt darin zu dem Ergebnis, daß die Tuberkulosesterblichkeit in Ländern mit starker Großindustrie wie England, Belgien, Preußen, Sachsen geringer ist als in ausgeprägten Agrarstaaten wie Irland, Finnland, Ungarn. Dr. Wolff will damit beweisen, daß nicht die Industrie als solche die Tuberkulosesterblichkeit erhöht, daß sie sogar geringer ist als in der Agrarwirtschaft, wenn mit ihr einest vorhanden ist: eine soziale Lebenshaltung. Die ist zwar auch in den Industrieländern nicht so vorhanden, wie sie sein muß, aber sie ist in ihnen besser als in den Agrarländern. Und darum der für die Industrieländer günstige Unterschied in der Tuberkulosesterblichkeit. Der steigenden Industrialisierung der Welt hat darum eine hygienische Kultur und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Volksschichten parallel zu geben.

Erholungsturen für kinderreiche Mütter

Einen bemerkenswerten Entschluß hat die Bundesversicherungsanstalt Hannover gefaßt. Sie gewährt kinderreichen Müttern (mit 4 oder mehr Kindern unter 16 Jahren) bei Bedürftigkeit eine vierwöchige Erholungstour, auch ohne daß sie Beiträge gezahlt haben, wenn nur der Ehemann die Anwartschaft auf die Versicherung aufrecht erhalten hat.

Detreten verboten

Schulze habet Schulze ist ein schlechter Schwimmer. Er schwimmt, hustet krampfhaft, wird schwächer, jaht frommwärts, reißt nochmal alle seine Kraft zusammen und kommt auch wirklich dem Ufer wieder näher. Greift mit letzter Kraft einen Weidenzweig, hält schon Grund und will das steile Ufer emporklettern. Da auf einmal bilden seine Augen, wie von einem großen Schreden gebannt. Die Hand läßt den Zweig los. Die Wasser schlagen über ihm zusammen. Ein paar Kreise, Schulze war einmal Schulze. Ein paar Tage drauf fand man seine Leiche am andern Ufer. Die Augen waren weit offen und sahen auf eine große Tafel, dort wo der Weidenbaum wuchs. Auf der Tafel war zu lesen: Detreten der Uferanlagen polizeilich verboten.



Verbandsleben



Schlichtungsstellen und Schlichtungspraxis

Unter der Überschrift „In hoher Eintracht“ brachten wir vor vier Wochen (in Nr. 39) einen kurzen Auszug aus den „Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“. Darin wurde die Forderung des Unternehmertums gegen „die Welt der Verbindlichkeitsklärung“ wie gegen das Schlichtungsstellen überhaupt auch mit dem Hinweis zu rechtfertigen versucht, daß „die Kommunistische Partei ja bereits vor mehr als Jahresfrist Gelegenheit“ hat. Diese Übereinstimmung der Arbeitgeberverbände mit den Kommunisten ließ uns sagen, „daß sollte die kommunistischen Gewerkschaften bedenklich stimmen“, und wir schlossen mit dem Worte Hebel: „Wenn mich die Gegner loben, dann weiß ich, daß ich eine große Dummheit begangen habe.“ Unsere Schlussbemerkung veranlaßt den Kollegen W. P. J. (Berlin), uns eine Erwiderung zu senden, die wir unter Fortlassung der einleitenden Sätze nun folgen lassen. Kollege Hebel schreibt:

„In den verschiedensten Verbindlichkeitsklärungen läßt sich feststellen, daß die Unternehmer froh über den Schiedsrichter waren. Aber doch gerade bei der Durchsetzung beachteter Forderungen der Kollegen bewährt. Hindernis nicht gerade Schiedsrichter und Verbindlichkeitsklärung die Arbeiter im Interesse der Unternehmer daran, ihre Lebenslage zu verbessern und teilzunehmen an dem durch Rationalisierung erreichten Wirtschaftsaufschwung? Das Geschrei der Unternehmer ist doch nicht ernst zu nehmen. Sie wissen genau, daß die staatlichen Schlichter ihre Belange wahren. Sie wollen wie immer durch Geschrei die Öffentlichkeit täuschen und erreichen, daß die staatliche Schlichtungsstelle noch offener, noch richtiger die Arbeiter treibt und das Streikrecht befestigt.“

„Weil das Streikrecht durch die Schlichtungspraxis befestigt wird, weil dadurch der Lebensstandard der Arbeiter mit staatslicher Gewalt niedergelassen wird, darum bekämpfen die kommunistischen Gewerkschaften mit aller Härte die Schlichtungsstellen des bürgerlichen Staates. Die Kollegen werden mit Interesse feststellen, daß dies nach Meinung der Redaktion eine Dummheit ist. Soll das bedeuten, daß der NMS mit der Schlichtungspraxis einverstanden ist, daß er solche „Dummheit“ nicht macht? Die Kollegen werden ein Interesse an der Beantwortung dieser Frage haben und es wäre zu wünschen, daß recht viele Kollegen an dieser Stelle darüber ihrer Meinung Ausdruck geben würden. Ich lese in dieser Bemerkung der Redaktion lediglich die Absicht, uns Kommunisten im NMS bei der Mitgliedschaft zu verächtigen, daß wir die Interessen der Unternehmer wahrnehmen.“

„Daß wir kommunistischen Kollegen in unserem Kampf gegen die Schlichtungsstellen durchaus mit der Mitgliedschaft — auch mit den SPD-Kollegen — übereinstimmen, wird in der NZ Nr. 32 vom 6. August selbst bewiesen. Hier nimmt der Kollege Paul Weh (Köln) zum Ausgang der Kölner Arbeitszeitbewegung Stellung, wobei er folgende Feststellungen — von der Redaktion unabweisbar — macht:

„In ungläubiger Weise wurde die Arbeitszeitbewegung in Köln durch die Schlichterbürokratie abgewürgt... Die Arbeitnehmer wurden durch den Schiedsrichter gezwungen, die Arbeit aufzunehmen zu einer Zeit, als die Ausflüchte zur Anerkennung ihrer Forderungen am günstigsten waren... Der ganze Verlauf der Bewegung zeigt uns deutlich, daß das Streikrecht in Gefahr ist... Willenlos sollen die Arbeitnehmer der Schlichterbürokratie angeliefert werden... Die Metallarbeiter Köln werden daraus ihre Lehre ziehen, ihren Verband planmäßig anzubauen und sich mehr als bisher auch politisch betätigen, damit sie in Zukunft nicht wieder um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden können.“

„Ich frage die Kollegen, ob diese vom Kollegen Weh gezogenen Lehren nach August Hebel Dummheiten sind? Kann es noch eine höhere Vereinfachung für die Unwissenheit des Kampfes zur Befestigung der gefährlichen Schiedsrichterpraxis geben? Leider zieht Kollege Weh diesen Schluß nur halb, doch stimmt er in ihrer Beurteilung mit uns vollkommen überein. Bisher laufen alle Lohn- und Arbeitszeitbewegungen bis zum Schiedsrichter. Wenn dann die Arbeiter ihre nicht erfüllten Forderungen im Kampf durchsetzen wollen, folgt die Verbindlichkeitsklärung und damit Verhinderung des Streiks. Die Schlichtungsstellen sind ein wichtiger Teil des bürgerlichen Staatsapparates. Dieser Apparat wird von den Auftraggebern der Unternehmer gehandhabt und wird nach den Gesetzen des Klassenkampfes zur Niederhaltung der Arbeiter angewandt. Durch das Abwenden mit der Schlichtungspraxis wird den Gewerkschaften der Kampfcharakter immer mehr genommen, wodurch auch ihre geringe Anziehungskraft auf die Arbeitermassen resultiert. Die freien Gewerkschaften sind im Kampf mit den Unternehmern groß geworden.“

„Erfolgt die Schlichtungspraxis seit 1923 hat die Werkskraft der Gewerkschaften geschwächt. Viele Arbeiter waren der Meinung, daß sie den Verband nicht mehr brauchen, da der Schlichter die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regelt. Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter ist durch die kommunistischen Kollegen der Meinung, daß der Kampf gegen die Schlichtungsstellen des bürgerlichen Staates, als dem legalen Stütz der Arbeitgebergewalt, von den Gewerkschaften mit aller Energie aufgenommen werden muß. Dann werden die Arbeiter wieder einsehen, daß es nur ihre eigene Sache ist, sich im Verband zum Kampf um höhere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zusammenzuschließen. Wenn werden die kommunistischen Gewerkschaften abseits des Schiedsrichters der Unternehmern und alle Verbindungen ihres Kampfes bis zur Befestigung der gefährlichen Schlichtungspraxis weiterzuführen.“

Kollege Hebel behauptet, das Schlichtungsstellen mit Schiedsrichter und Verbindlichkeitsklärung sei nur der Unternehmern, Forderung der Arbeiter, und daraus sei er über die Zusammenhänge gegen die ganze Schlichtungsstellen. Wäre die Behauptung begründet, dann hätte die Unternehmern doch allen Vorteil, das Schlichtungsstellen zu begrenzen und es vollständig zu beseitigen. Sie tun aber das Gegenteil. Wenn man aber für die Arbeiter Vorteil vorstellbar zu erkennen und zu verfolgen vermag, das Schlichtungsstellen zum Zweck wünschenswert, dann sind dem einfachen Grunde, weil für die Arbeiter ein Vorteil ist, die Arbeiter einen Vorteil erkennen. Darum wird auch in den oben erwähnten Auszug der „Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“ die Gegenüberstellung der Zusammenhänge gegen das Schlichtungsstellen in Köln. Kollege Weh hat sich in seinem Aufsatz nicht gegen das Schlichtungsstellen an sich geäußert, sondern gegen einen bestimmten Fall der Schlichtungsstellen. Auch wir haben wiederholt die Schlichtungsstellen schon geschickt und werden es auch weiter zu tun haben. In dieser Zeit der Schlichtungsstellen die Durchsetzung der kommunistischen Gegenüberstellung gegen das ganze Schlichtungsstellen zu legen, geht natürlich nicht an. Nach den Kollegen Hebel soll

auch die Schlichtungspraxis seit 1923 die Werkskraft der Gewerkschaften geschwächt haben. Die Tatsächlichkeit ist etwas anders. Der Rückgang der Gewerkschaften ist vielmehr auf die Wirtschaftskrise, die Geldentwertung, die Arbeitslosigkeit und besonders auch auf die Verunglimpfung der Gewerkschaften und ihrer führenden Leute durch eine bestimmte Richtung zurückzuführen. Über diese Selbstverständlichkeiten sollte man hier eigentlich nicht mehr zu reden brauchen. Wenn, wie Kollege Hebel meint, die Schlichtungspraxis die Gewerkschaften hemmt, dann wäre deren prächtiger Aufschwung in der allerjüngsten Zeit ein plattes Rätsel.

„Mit alledem wollen wir indessen dem Schlichtungsstellen keineswegs ein uneingeschränktes Lob aussprechen. Die schweren Mängel des Gesetzes wie der Schlichtungsstellen sind zu offensichtlich, als daß sie übersehen werden könnten. Das Gesetz muß verbessert, manchem Schlichter noch Verständnis für die Not der Arbeiter eingeblendet werden. In welchem Maße diese Notwendigkeiten erfüllt werden, hängt insbesondere von dem Verständnis der Arbeiter wie von ihrer organisatorischen Kraft ab. Daß das Schlichtungsstellen trotz seiner unzulänglichen Mängel und der vielen Fehlsprüche einen Vorteil für die Arbeiter darstellt, das wird, wenn durch nichts andern, dann durch die Spinnereiindustrie der Unternehmer gegen das Schlichtungsstellen dargetan.“

Ergebnisse der Verbandsstätigkeit

Serford. Die Löhne der Metallarbeiter sind um 4 3/4 die Stunde erhöht worden. Desgleichen auch für die Arbeiter des Elektromerks Minden-Rubensberg.

Hamburg. Durch einen kurzen Streik der Starstrom-Elektriker konnten die bisherigen Stundenlöhne um 9 1/2 erhöht werden. Durch Verhandlungen wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne der Arbeiter der Landeseisenindustrie in der Spitze um 12 3/4 erzielt.

Hannover. Der Streik der Heizungsmonteure wurde erfolgreich beendet. Die Erhöhung der bisherigen Stundenlöhne für Monteure beträgt ab 1. September d. J. 11 3/4 = 1,32 M., ab 1. November erfolgt eine weitere Erhöhung von 2 3/4 und ab 1. Januar 1928 wieder um 2 3/4, desgleichen am 1. April 1928, so daß dann der Stundenlohn 1,40 M. beträgt. Die Bezahlung der übrigen Gruppen, zum Beispiel Facharbeiter, Helfer usw., ist in gleicher Weise geregelt, auch wurden die bisherigen Auslöschungslätze erhöht.

Königsberg. Nach einem fünfjährigen Streik der Metallarbeiter sind deren Stundenlöhne um 6 3/4 in der Spitze erhöht worden. Die Löhne für die einzelnen Alters- oder Lohnklassen sind gemäß dem bisherigen Verhältnis geregelt.

Singen. Mit der Vertilgung der Maggi-Werke wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne von 9 3/4 für die Betriebshandwerker vereinbart.

Zum Streik bei Blumfeld in Bünde i. W.

Der Herr Blumfeld scheint der Streik, wovon hier vorige Woche berichtet wurde, doch recht unangenehm zu sein. In der Tagespresse liest sie Mobellschneider, Formler, Schlosser, Dreher und Metallarbeiter. Jedoch hat sich bisher noch keiner verleiten lassen, die Rube des Herrn Feister zu betreten. Er sitzt allein mit seinen Lehrlingen und dem Hausknecht Berner (nicht Hörner). Die Streikposten sind dem Hausbesitzer ebenfalls sehr unangenehm. Die Firma hat sich an die Polizei gewandt, damit sie die Streikposten vertreibe. Doch die Polizei hat dies abgelehnt. Nun muß sich Herr Feister und sein Hausknecht Schmidt damit abfinden, daß Arbeiter jeden darauf aufmerksam machen, daß bei der Firma des elenden Lohnes wegen gestreikt wird. Herr Feister ist jetzt schon bereit, ungelerneten Arbeitern als Streikbrecher 12 3/4 die Stunde zu zahlen. Würde er jedoch den ungelerneten und ungelerneten Arbeitern, die jahrelang bei ihm für lebendiger weniger geschätzt haben, als in der übrigen Industrie von Bünde bezahlt wird, und dementsprechend auch den gelerneten Arbeitern bezahlt haben, dann würde der Streik nicht befreit. Im Betriebe steht es so, daß die Lehrlinge nicht einmal beschäftigt werden können, sondern auf den Alder geschickt werden, um Kartoffeln auszubuddeln. Was dabei die Lehrlinge lernen, läßt sich denken.

Der Hausknecht Schmidt wird wohl, wenn der Streik noch länger dauert, zum Krüppel werden. Denn wenn sich jemand vor dem Kontor auf der Straße sehen läßt, streift er sofort den Kopf aus dem Fenster und zieht ihn wie eine toll geborene Bettlerjähre, so daß zu befürchten ist, daß sein Hals zu einer Holzschraube wird. Herr Berner geht auch mit geschwelter Brust in den Betrieb. Das würde er sicher nicht mehr tun, wenn er damals, als er an die Luft gesetzt werden sollte, nicht von den jetzt streikenden Betriebsratsmitgliedern gehalten worden wäre. Herr Feister ist es ja auch jetzt noch gewohnt, mit dem Hausknecht zu drohen, wie er es im Kriege als Seinfrieger mit den Arbeitern tat. Wenn damals ein Arbeiter irgendwelche Wünsche an ihn stellte, drohte er sofort mit dem Schützengraben. Das geht heute nun nicht mehr. Heute muß er, will er gute Arbeiter haben, entsprechende Löhne bezahlen. Wir ermahnen nochmals alle Arbeiter, diesem Betriebe fern zu bleiben.

Rudolf Röhr, 60 Jahre

Unser Bezirksleiter Kollege Rudolf Röhr begeht am 29. Oktober die Feter seines 60. Geburtstages. Wir handeln süßer im Einverständnis mit allen, die ihn kennen, wenn wir ihm zu diesem Tage herzlich gratulieren und ihm unsere Wünsche ausdrücken, daß es ihm weiterhin sein möge, nach viele Jahre in geistiger und körperlicher Frische an der Erhaltung unseres Verbandes mitarbeiten zu können. Rudolf Röhr kann auf eine erfolgreiche Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken. Von Beruf Schlosser, kam er in jungen Jahren in Magdeburg in die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Als Sohn eines Schuhmachers mit zahlreicher Familie, zu deren Unterhalt er schon als Kind mit beitragen mußte, lernte er früh die Sorgen der Arbeiter kennen. Das machte ihn sehr für die großen sozialistischen Ideale, in deren Dienst er sich stellte. Im Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde er vor 34 Jahren Mitglied, zu einer Zeit, in welcher dieser auch in Magdeburg noch keine Zweigstelle, nicht einmal Zweigstelle von Mitgliedern hatte. Es ist sein Verdienst mit, wenn die Mitgliedschaft in Magdeburg schon in den weniger Jahren eine Zweigstelle wurde, sich in der Folgezeit erheblich steigerte und dem Verband Recht und Ansehen gab. Als Funktionär des Verbandes war er über Magdeburg hinaus als Agitator und Organisator bekannt geworden. Bei der Belegung der Stelle eines zweiten Bezirksleiters für den damaligen 5. Bezirk wurde Rudolf Röhr im Jahre 1925 gewählt. Er blieb in dieser Stellung in Halle bis zum Jahre 1927, wechselte dann nach Hannover über, um dort die Stelle als Bezirksleiter für den ungelerneten Bezirk Hannover zu übernehmen, in der er leistungsfähig ist. In hervorragender Stelle stehen, hat er sein Bestes für die Entlohnung des Verbandes und die Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder eingesetzt und mit seinem Eifer auch in unserer Verbandsleitung häufig ausgedrückt.

Die Metallarbeiter-Internationale

nahm für die westeuropäischen Schwereindustrie in einer Konferenz am 10. und 11. Oktober 1927 in Luxemburg zur gegenwärtigen Lage und zum weiteren Ausbau der Organisationen der Hüttenarbeiter Stellung.

Neben dem Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes Sig (Bern) waren die dem Bunde angeschlossenen Metallarbeiterverbände von Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland vertreten; außerdem nahm der österreichische und tschechische Metallarbeiterverband durch einen Vertreter an den Beratungen teil. Allgemein wurde, mit Ausnahme der tschechischen Hüttengebiete, eine erfreuliche Stärkung der beteiligten Metallarbeiterorganisationen festgestellt, die Aussicht auf ein erfolgreiches Zusammenarbeiten zugunsten der Hüttenarbeiter versprochen. Zur Förderung der Organisation in den noch zurückgebliebenen Gebieten und zur Beschaffung des notwendigen Austauschmaterials für eine wirksame Vertretung der Arbeiterforderungen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die zunehmende Macht des Kapitalismus der Montan- und Hüttenindustrie, die sich in der kontinentalen Hochschmelzindustrie nicht nur ein Organ zur Preishochhaltung und Erhöhung der Eisenpreise, sondern auch ein Machtinstrument zur Abwehrhaltung der Arbeiterklasse geschaffen hat, macht den weiteren

Ausbau der Metall- und Hüttenarbeiterorganisationen in allen europäischen Ländern zur gebieterischen Pflicht. Dem international vereinigten Unternehmertum muß eine gleichstarke Arbeiterorganisation zur Abwehr großkapitalistischer Übergriffe und zur Herbeiführung besserer Arbeitsbedingungen gegenübergestellt werden.

Ausgehend von dieser Erkenntnis bilden die am 10. Oktober 1927 zur Besprechung der einschlägigen Organisationsfragen zusammengetretenen Delegierten des französischen, belgischen, deutschen und luxemburgischen Metallarbeiterverbandes unter Mitwirkung des internationalen Metallarbeiterbundes einen engeren Arbeitsausschuß,

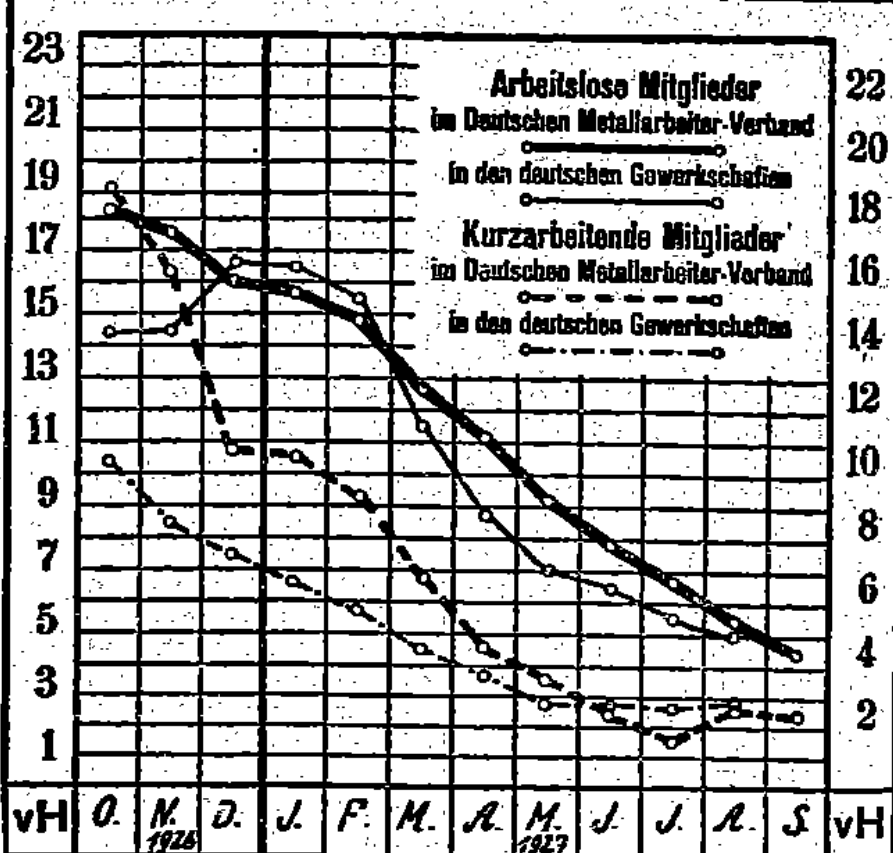
dem die Beschaffung des einschlägigen Materials, insbesondere die Zuführung der fremdsprachlichen Hüttenarbeiter der Grenzgebiete in ihre zuständige Landesorganisation obliegt.

Arbeitslage in der Metallindustrie

Die im Juli 1928 einsetzende Abnahme der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder unseres Verbandes kam im Januar 1927 fast zum Stillstand. Im Februar trat eine stärkere Abnahme der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder ein. Dieser Rückgang hielt in den folgenden Monaten an. Im September sank die Zahl der arbeitslosen Mitglieder von 5,5 auf 4,5 vH, die der Kurzarbeiter von 2,4 auf 2,2 vH. Steht man die Zahlen von 1928 denen von 1927 gegenüber, so ergeben sich folgende Hundertsätze:

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Gesamt	
	1928	1927	1928	1927	1928	1927
Januar	18,9	16,7	92,5	10,5	51,7	26,3
Februar	20,4	14,9	29,5	9,2	49,9	24,1
März	21,1	12,8	36,2	6,9	60,8	19,7
April	19,7	11,1	35,7	4,6	45,4	15,7
Mai	20,6	9,1	25,4	3,5	48,0	12,6
Juni	21,5	7,9	27,0	2,5	48,0	10,4
Juli	21,7	6,8	26,2	1,6	47,9	8,3
August	20,9	5,4	24,0	2,4	44,9	7,8
September	19,5	4,4	21,4	2,2	40,9	6,6

Den Verlauf der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband und in den deutschen Gewerkschaften zeigt das Schaubild.



Sprachefee

Einen Pfad zurückzuden. Über den Sinn der obigen Redensart herrscht kein Zweifel; sie will etwa sagen: von seinen Ansprüchen nachlassen, behutsamer auftreten. Den richtigen und vollständigen Wortlaut kann man gelegentlich im Gespräch mit mittelständigen Landwirten hören: den Pfad (um) ein Loch zurücksteden. Vom Pfad stammt die Redensart und in Mitteldeutschland ist sie zu Hause. Vom hinteren Teil des Pfades erstreckt sich als verbindender Teil der Pfadbaum oder -halten nach dem zweirädrigen Vordergestell und ruht hier frei in einer eisernen Gabel. Der Pfadbaum ist mit etwa 5 bis 6 Löchern durchbohrt, in die der eiserne Stielpflock gesteckt werden kann. Dieser ist mit zwei kleinen Ketten am Vordergestell (dem Pfadstücken) befestigt. Je weiter nun der Stielpflock nach vorn gesteckt wird, um so tiefer greift die Pfadgabel; je weiter nach hinten, um so flacher wird das Pflegen. Steht der Pfad bei seiner Arbeit, daß minderwertiger Boden (Sand, Kies, Lehm u. dergl.) emporgeworfen wird, so muß er, um das zu vermeiden, flacher pflegen und den Stielpflock um 1 bis 2 Löcher zurückstellen. Er muß an solchen Stellen seine Ansprüche an den Boden verringern und kann nicht so tief pflegen, wie es wünschenswert wäre. Es ist schon, daß solche Bilder der Sprache, die von der ältesten und ehrwürdigsten Tätigkeit der Menschheit herkommen, noch auf den Höhen unseres Schrifttums erscheinen und lebendig sind. Nur muß darauf geachtet werden, daß alles Knechte und Falsche von ihnen ferngehalten wird. Und das kann mit Erfolg nur in der Weise geschehen, daß unserer Volke der sinnliche, den Sprachbildern zugrundeliegende Vorgang vor Augen geführt wird.

(Deutscher Sprachereine)

Niedergang in Polen

Auch in Polen schreit die Reaktion nach dem starken Mann, der mit Gewalt die aufbegehrenden Volksmassen niederhalten soll. Reichspräsident Pilsudski, der ehemalige Sozialist, liebäugelt schon seit geraumer Zeit mit Mussolinis Methoden. Die freisinnig gestimmte Presse wird mit Strafen und Beschlagnahmen drangalieriert. Der betragte Soldat ist der erste Mann im Staate, wie weiland in Preußen-Deutschland der Leutnant. Die Minister schwingen große Reden; mit starkem Arm wollen sie für Recht und Ordnung, für Achtung vor Gesetz und Obrigkeit sorgen. Inzwischen aber wird dem verelendeten Volk die Haut in Riemen geschnitten. Wucherer und Preistreiber überbieten sich im Gewässernmachen. Der größere Grundbesitz hat goldene Zeiten. Kapitalisten pfeifen auf Recht und Gesetz sozialer Färbung, damit noch öffentlich prahlen. Mit einem Wort: Unter der Herrschaft der „starken Regierung“ verband sich die Reaktion aller Schattierungen, um das Volk zu knechten und auszuplündern.

Die Regierung versprach, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder zu mindern durch breiteste Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten. Die Arbeitslosen hatten Gebuld und Hoffnung. Es kam aber anders. Statt ihr Versprechen zu erfüllen, erließ die Regierung eine Verordnung, wonach den über 26 oder 52 Wochen erwerbslos Lebenden oder kinderlosen Arbeitern eine Unterstützung nicht mehr gezahlt wird, weil anzunehmen ist, daß sie nicht arbeiten wollen. Zu allem Unglück überschüttet also die hochweisse Regierung die arbeitslosen Arbeiter mit der hohnvollen Verbächtigung *be w u n g t e r f a u l e n g e r e t*. In Polen sind etwa 200 000 Arbeitslose vorhanden. Davon erhalten 86 000 eine Unterstützung, während 114 000 überhaupt keinen Cent erhalten und die bittersten Entbehrungen ertragen müssen. Die Regierung könnte den hungernden Arbeitermassen schon helfen, wenn sie nur etwas Tatkraft gegen die Kapitalisten aufbringen würde. Tausende von Erwerbslosen könnten dann in Arbeit und Brot kommen. Die Unternehmer misshandeln nämlich mit Vorbedacht die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes. Einige Beispiele: In Oberschlesien, wo ungefähr 50 000 Arbeitslose vorhanden sind, werden allein im Bergbau mindestens 200 000 Überstunden monatlich geleistet. In den Revieren Dombrowa, Krakau und Bohnslow herrschen dieselben Zustände. In der übrigen Industrie, besonders in Metall und Textil, arbeiten Tausende von Arbeitern in Doppelschichten, also 16 Stunden täglich. Die Unternehmer begünstigen das Überschichtenunwesen, um draußen eine Erbsparnisse von Arbeitslosen zu haben und damit auf die Löhne zu drücken. Somit steht der Achtstundentag nur auf dem Papier. Die Unternehmer verstärken noch absichtlich die Arbeitslosigkeit, indem sie offene Stellen nicht mit örtlichen Arbeitslosen besetzen, sondern weiterhin vom Dorfe betriebsfremde Leute heranschleppen lassen, weil diese sich billiger ausbeuten lassen. Zwar liegt schon seit einem Jahre in der Regierungsjahrespublikation eine Verordnung, wonach Arbeitslose nur durch die staatlichen Arbeitsnachweise aus dem Bezirk des Unternehmens angenommen werden dürfen. Als aber die Unternehmer dagegen protestierten, ließ die „starke Regierung“ die Verordnung gehörig in der Schublade. Umso rücksichtsloser kann die Regierung gegen die Arbeitslosen auftrumpfen, die nichts zu heißen und zu brechen haben.

Auf dem Gebiete der Lohnpolitik ist die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß die Löhne fast allgemein noch unter denen der Vorkriegszeit stehen. Und das trotz der immer ärgeren Teuerung! Für die Metallindustrie in Warschau, für die Textilindustrie in Lodz, für den Bergbau in Dombrowa und Oberschlesien wurde für 1925/26 folgendes Verhältnis der Löhne zu den Friedenslöhnen ermittelt (letzte gleich 100 gesetzt): Metallindustrie 75 bis 102 (letzte Zahl nur im Oktober 1925), Textilindustrie durchgehend unter 100, Bergbau 68 bis 85 im Revier Dombrowa, 79 bis 100 in Oberschlesien. Gegenüber 1914 fielen die Reallohne um 7 bis 16 v. H. Was seit 1926 an Lohnaufbesserungen erreicht wurde, ist kaum der Rede wert. Dabei ist zu beachten, daß schon 1914 äußerst niedrige Löhne gezahlt wurden. Wenn die heutigen Löhne nur um den Stand des letzten Friedensjahres pendeln, so kann man danach ermessen, in welchem Elend die Arbeiter leben müssen.

Im Wohnungswesen herrschen ebenfalls schlimme Zustände. Wohl in keinem anderen Lande ist der Mangel an Wohnungen so umfangreich. Der Krieg hat viele Wohnhäuser zerstört oder beschädigt. In den letzten 14 Jahren lag das Bauwesen vollständig danieder, so daß jetzt mindestens eine halbe Million Wohnungen fehlen. Erschreckend zahlreich sind die Einzimmerwohnungen. Sie betragen zum Beispiel in Warschau 42 v. H. aller Wohnungen, in Lodz 70, in Krakau 39, in Lemberg 31 v. H. Darin haufen natürlich nur die Armeen der Armen. In Lodz wurden etwa 10 000 Einzimmerwohnungen mit je 7 bis 10 Personen ermittelt. In den warschauer Arbeitervierteln entfallen auf ein Zimmer 5 Personen. In diesen Wohnungen kommt auf 6 Personen nur ein Bett. 53 v. H. der Kinder haufen in Einzimmer-, 31 v. H. in Zweizimmer-, 12 v. H. in Kleinstwohnungen. Können danach die Wohnungsverhältnisse irgendwo noch schlechter sein?

Die Verhältnisse auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet waren kürzlich Gegenstand erster Beratungen der Zentralkommission der freien Gewerkschaften. Sie fanden ihren Niederschlag in einer Entschließung, die für die Arbeiterklasse eine katastrophale Verschlechterung der Lebenshaltung feststellt und schleunigste Abhilfe verlangt. Um das vielgestaltige Uebel mildern zu können, ruft die Zentralkommission die gesamte Arbeiterklasse des Landes zur Einigung und zu rücksichtslosem Kampf mit den Mächten der Finsternis auf. Sollte es diesen gelingen, die Grundzüge der Demokratie aus dem öffentlichen Leben auszuschalten, dann werde notwendig sein, die Diktatur einer maßvolleren Person durch die Diktatur der organisierten Arbeiterklasse zu ersetzen.

Das erste Echo fand der Aufruf der Zentralkommission bei den Bergleuten. Bereits am 28. September trat der Bergarbeiterverband des Bergarbeiterverbandes zusammen. Er lernt hauptsächlich den Lohnstreik im Bergbau. In den Revieren Dombrowa und Krakau weigern sich die Grubenbesitzer, auch nur einen Groschen mehr zu bewilligen, wogegen die Bergarbeiter überschüssiger Gruben nur eine teilweise völlig ungenügende Lohnerhöhung zugestehen wollen. Die Folge dieeigerigerung ist der Beschluß des Ausschusses, die Bergarbeiter des Bezirke zu einem allgemeinen Streik um auskömmliche Löhne vorzubereiten. Gleichzeitig protestiert der Ausschuss gegen das Bestreben der Kohlenbarone, die Lohnsteigerung von einer Erhöhung der Kostenpreise abhängig zu machen, und

sie offendriem versuchen, die Arbeiter zu Ausbrüchen der Leidenschaft zu reizen, um dadurch die Regierung zu einem Zufahren zu veranlassen.

Allem Anschein nach bereiten sich schwerwiegende Ereignisse vor, die geeignet sind, das Land in nachhaltige Wirren zu stürzen. Die größtenwahrscheinlichen Nationalisten treiben mit den Geschäften des Landes ein freches Spiel. Um das politische Verbrechen von der Republik Polen abzuwenden, wird die organisierte Arbeiterklasse in nächster Zukunft schwere Kämpfe ausfechten müssen. Victor Kalinowski.

Heiden der Arbeit

In Rußland ist jetzt ein Gesetz in Kraft getreten, wonach Personen mit besonderen Verdiensten im Betrieb, Wissenschaft, Kunst, Staat und Allgemeinheit sowie solche, die 25 Arbeitsjahre zurücklegen, den Ehrentitel eines „Heiden der Arbeit“ erhalten. Damit verbunden ist eine Pension, die 50 v. H. ihres Lohnes oder Gehaltes beträgt. Außerdem haben sie freie Wohnung, freie Kranken- und Invalidenrente, freie Schul- und Berufsbildung für ihre Kinder sowie gewisse Steuererleichterungen.

Dieses Gesetz verdient die vollste Anerkennung. Aber die schöne Theorie wird auch in Rußland öfter von der Praxis erschlagen. Dafür nur zwei Beispiele aus dem graphischen Gewerbe. Das Moskauer Gewerkschaftsblatt „Trud“ vom 24. September berichtet über folgenden Fall: „Sie haben mich zur Verzeihung getroffen. Ich weiß nicht, was sie von mir wollen. Sie zwingen mich, zum Revolver zu greifen.“

So schreibt an das Arbeitsamt von Rjewe der arbeitslose Schriftsteller Kosman: „Was verursacht den Jörn und die Verzeihung des Genossen Kosman und wer sind jene „sic“?“

Genosse Kosman hat 28 Dienstjahre hinter sich. Nach dem Willen des Schicksals wurde er Anfang 1926 arbeitslos. Fast zwei Jahre schon ist er ohne Beschäftigung und muß die Schwelle vielerlei Behörden und Organisationen ab. In dieser Zeit erlitt Genosse Kosman bedeutende Verluste. Er hat Frau und vier Kinder zu ernähren. Den ganzen vergangenen Winter hindurch hausten sie alle in einem kleinen, feuchten, etwa 6 Quadratmeter großen Stübchen. Von den Wänden tropfte die Nässe wie aus einem Eimer. Infolge Hunger und Entbehrung erkrankte K. an Darmtarrh. Danach folgte heftiges Blutspucken. Die Kinder erkrankten an Tuberkulose. Infolge Unterernährung sind sie kränzlich geworden (die ganze Zeit hatten K. und seine Familie wochenlang kein warmes Essen gesehen). Die Frau leidet an heftiger Bronchitis (Verstopfung der Luftwege). Als einzige Quelle des Auskommens dient nur die Unterstützung aus der sozialen Versicherung in Höhe von 40 Kopelen den Tag.

Der Verband gewährt den arbeitslosen Mitgliedern 30 Rub (1 Rub = 33 Pfund) Beihilfe unentgeltlich. Zu Hause frieren Frau und Kinder, das Holz könnte sie von überflüssigen Qualen bereuen. Kosman freut sich. Geht zum Verband. Aber — der Formelkram fraß das Holz auf. Nach der bestehenden Vorschrift wird Brennholz nur den Arbeitslosen bewilligt, die den Mitgliedsbeitrag ein Jahr lang ununterbrochen entrichtet. Bei K. ist das nicht der Fall. Ihm hilft dann die jüdische Gemeinde und gewährt ihm 12 Rub Brennholz. Mit diesem Holzvorrat behalt sich K. tatsächlich den ganzen Winter hindurch.

Inzwischen verlangte die Drucker der kommunistischen Partei vom Arbeitsnachweis einen Schriftsteller. Der Nachweis empfahl ihr den Genossen K. Scheinbar sollten dessen Qualen ein Ende nehmen. Dieser Fall trat aber nicht ein. Nach kaum vier Arbeitstagen verlangte der Verband von der Druckerei Kosmans Entlassung. Grund: K. sei durch Gönnerschaft zur Arbeit geschickt worden. Die maßgebende Stelle stellte nach einer besonderen Untersuchung fest, daß eine Gönnerschaft nicht in Frage komme, daß K. vielmehr infolge Krankheit und Familienlast zur Arbeit geschickt wurde.

Die Fernstehenden werden sich wohl im ersten Augenblick wundern, warum der Verband trotzdem so hartnäckig blieb. Die weiteren Vorkommnisse geben darüber Aufschluß. In Kosmans Stelle wurde mit Wissen des Verbandes der Schriftsteller Grischewski, nach Kosmans Feststellung ein Freund einiger Verbandsfunktionäre, in die Druckerei hingeschickt. In derselbe Druckerei wurde mit Wissen des Verbandes der ehemalige Schriftsteller Sforopod hingeschickt, der schon seit langer Zeit in der städtischen Badeanstalt als Wadediener angestellt war.

Ein interessanter Fall. Der als arbeitslos verzeichnete Sforopod erscheint innerhalb 11 Monaten nicht im Arbeitsnachweis. Außerdem bezieht er zwangsläufig seine Verbandsmitgliedschaft. Trotzdem stellt der Verband an den Arbeitsnachweis das Gesuch, die Rechte des S. an den Arbeitsnachweis wieder aufleben zu lassen. Dadurch wurden auch dessen Dienstjahre erhöht.

Anderes dagegen der Fall Kosman. Dieser, ein alter Arbeiter, organisierte bereits 1904 zusammen mit Eugen Dolski die Partei, gab 1918 während der Februarrevolution in der Ukraine eine Zeitschrift heraus, hat sich sonst noch verdient gemacht und trotzdem wird er nicht zur Arbeit zugelassen.

„Ich bin davon überzeugt“, schreibt Genosse K. in seinem Brief, „daß der Verband mit mir aus Grundfaß spielt, und zwar nur deshalb, weil ich mich bei ihm wert habe und weil ich Jude bin.“ Wir wollen“, so schließt das Gewerkschaftsblatt „Trud“ seinen Bericht, „die Behauptung Kosmans nicht untersuchen, daß im Buchdruckerverband jüdische Bestrebungen herrschen (abwohl innerhalb der Mitgliedschaft gesprochen wird), wir hoffen aber, daß die entsprechenden Instanzen sich mit diesem Fall befassen werden. Wir erheben unsere Stimme zum Schutze eines verbrachten und hungernden Menschen, den die Lauenen gewisser Verbandsbeamten zur Verzeihung trieben.“

Wir wollen den Bericht und dessen erschütternde Einzelheiten für sich sprechen lassen. Es bedurfte aber erst eines langen Leidensweges, bis das Opfer einer gefühllosen Bürokratie in den Spalten eines einflussreichen Blattes Gehör fand.

Der zweite Fall beleuchtet nicht minder treffend die Fürsorge für die „Heiden der Arbeit“. Darüber berichtet die Moskauer „Pravda“, das führende Blatt der kommunistischen Partei:

Ein tüchtiger Ethograph, ein ausgezeichnete Gewerkschafter ist Leon Kostraf. Er war 1905 Mitbegründer des ersten Buchdruckerverbandes der Krim und bekleidete dann den Posten eines Sekretärs oder des Vorsitzenden des Verbandes ununterbrochen bis 1910. Der Verband wurde 1910 polizeilich verboten. An dessen Stelle gründete Kostraf eine Unterstützungsstelle der Buchdrucker, deren Vorsitz er bis 1917 war. Seit 1917 widmet sich Kostraf wiederum eifrig dem Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation. Auch bemüht er sich sehr um die Hebung der Produktion seit der Verstaatlichung der Betriebe. Für seine Tätigkeit wurde ihm 1922 der Ehrentitel eines Heiden der Arbeit verliehen. Kostraf ist ein tüchtiger Fachmann, ein guter Kamerad, ist ungemein arbeitstreu, gerätet allgemeine Achtung. Trotzdem ist er auf die Straße gesetzt worden.“ So schreibt die „Pravda“.

Farjam ist Kostraf, der tüchtige Fachmann und ausgezeichnete Gewerkschafter, auf die Straße gesetzt worden? Beller sein Kosman ist auf die Beil er paradies, im Herzen aber ein Sozialdemokrat war, also ein „Menschewik“, ein „Sozialverräter“, ein „Reformist“. Solche Leute haben in Rußland den denkbar schlechtesten Ruf. Der Druckereitruß für die Krim wollte den Verband apparat „kommunistieren“, das heißt nämlich: Posten mit Kommunisten besetzen. Deshalb mußte Kostraf wegen seiner „Reformden“, seiner die Prozesse der Arbeiter und des Verbandsrats sitzen oder Ehrung

Proteststreik von Kongressgästen

Auf dem neulich in Helsingfors abgehaltenen Verbandstag des finnischen Holzarbeiterverbandes ereignete sich ein in der Arbeiterbewegung glücklicherweise selten vorkommender Zwischenfall. Der auf dem Verbandstag anwesende Vertreter des russischen Holzarbeiterverbandes, A. Sidorow, wiederholte in seiner Begrüßungsrede die seitdem bekannten Angriffe und Beschuldigungen gegen die „gelben“ amsterdamer Gewerkschaften. Die anwesenden 6 Vertreter der skandinavischen Holzarbeiterverbände ließen sich natürlich diese Schmähung nicht ruhig gefallen, sondern weigerten sich, an dem Verbandstag weiter teilzunehmen. Da die von dem russischen Vertreter abgegebene Erklärung den skandinavischen Vertretern nicht genigte, sah sich der kommunistische Verbandsvorstand schließlich genötigt, eine Erklärung abzugeben, worin er von den Äußerungen des russischen Vertreters vollkommen Abstand nahm und die Hoffnung ausdrückte, daß die gegenseitigen Beziehungen nicht durch diesen bedauerlichen Zwischenfall Schaden erleiden. Damit wurde dieser 1 1/2 Tage dauernde „Streik der Gäste“ beendet.

Der norwegische Gewerkschaftsbund

Dem Bericht des norwegischen Gewerkschaftsbundes für 1926 entnehmen wir, daß die Gesamtmitgliedszahl im Berichtsjahre von 95 939 auf 93 134 zurückgegangen ist. Am 1. Januar 1927 sind jedoch der Maurerverband mit 1400 und der Elektrikerverband mit 1059 Mitgliedern dem Gewerkschaftsbund wieder beigetreten, sodas dieser zurzeit in 29 angeschlossenen Verbänden wieder über 95 000 Mitglieder umfaßt. Im Berichtsjahre wurden für 22 293 Arbeiter insgesamt 444 Tarifverträge abgeschlossen. Hiervon hatten 87 202 Arbeiter eine Lohnüberhöhung um durchschnittlich 528 Kr. je Arbeiter und Jahr in Kauf zu nehmen. Vertragsmäßige Urlaubsbestimmungen bestehen für 80 154 Arbeiter. Die Urlaubsdauer beträgt 6 bis 28 Tage. 39 405 Arbeiter erhalten 8 Tage und 47 604 Arbeiter 10 bis 12 Tage Urlaub. Im Durchschnitt kommen auf jeden Arbeiter etwas über 10 Urlaubstage im Jahr. Es kann noch gemeldet werden, daß im August 1927 ein dem Gewerkschaftsbund angehörender Wald- und Landarbeiterverband errichtet wurde. Der neue Verband begann seine Tätigkeit mit 3440 Mitgliedern, von denen jedoch die meisten bereits Mitglieder anderer dem Gewerkschaftsbund angeschlossener Verbände waren.

Lohnkürzung in England

Von der Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der englischen Arbeiterklasse gibt die amtliche Lohnstatistik ein sehr trübes Bild. Abgesehen von einigen ausnahmsweise günstig gestellten Berufen, ist es nirgendwo möglich gewesen, Lohnkürzungen zu verhindern. Wie groß die Lohnverluste sind, zeigen folgende amtliche Zahlen. Es betrug die Lohnkürzung

Im Jahre 1921	6 061 000 Pfund wöchentlich
1922	4 210 000
1923	8 170 000
1925	78 000
1927 (Januar-Juli)	801 000

Nur das Jahr 1924 bildet die Ausnahme dieser traurigen Regel. In diesem Jahr war eine Lohnüberhöhung von 535 000 Pfund allwöchentlich zu verzeichnen. Die Ursache dieser günstigen Ausnahme ist darin zu suchen, daß in diesem Jahre die Arbeiterregierung am Ruder war. Hieran sieht man, wie eng Politik und Lohn miteinander verknüpft sind. Bei den letzten politischen Wahlen waren gewaltige Massen von Arbeitern einseitig genug, den bürgerlichen Parteien zuzustimmen. Wie teuer ihnen ihre Dummheit zu stehen gekommen ist, kann man an den obigen Zahlen nachlesen.

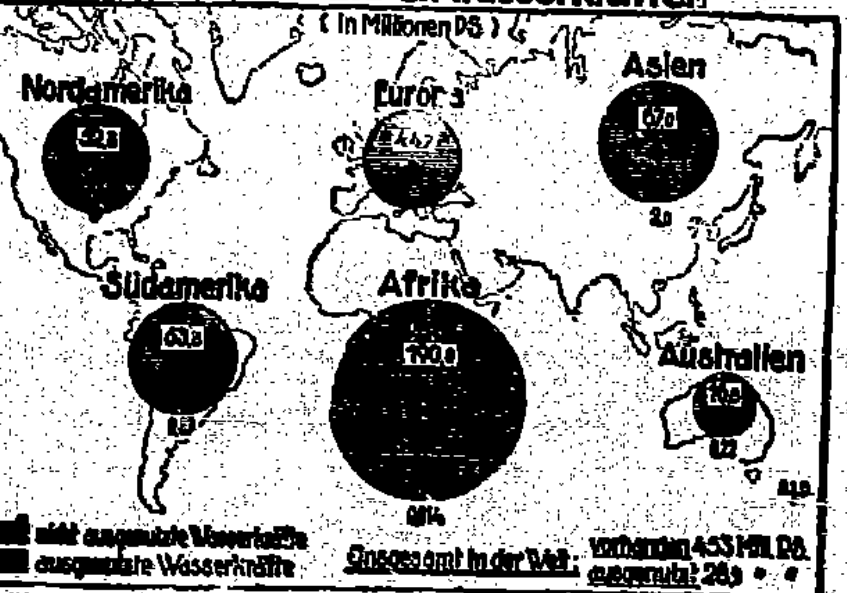
Wie amerikanische Gewerkschaftsvertreter reisen

Der diesjährige Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes begann am 1. Oktober in Los Angeles. Die Stadt liegt in der südwestlichen Ecke der Vereinigten Staaten. Wie immer, so charakterisierte Abordnungen einer Stadt oder eines Bezirke, der etwas weit vom Kongreß entfernt ist, einen Sonderzug. Der Sonderzug, den die Vertreter in Chicago diesmal gewärtet haben, wird von The Federation News, dem Blatte des Gewerkschaftsverbandes dieser Stadt, folgendermaßen beschrieben:

Der Gewerkschafts-Sonderzug ist zusammengefaßt aus erstklassigen ganz stählernen Wagen einschließlich eines Speisewagens, Salon-, Aussicht- und Schlafwagens für die ganze Reise. Der Speisewagen ist mit von allererster Güte fein und wird einschließlich eines Frühstücks nach Wahl 1,25 Dollar für das Mittag- und 1,50 Dollar für das Abendessen kosten. Alles mögliche ist vorgesehen für die Bequemlichkeit der Reisenden. Bequemlichkeit ist für alle reichlich vorhanden. Für verschiedene Unterhaltungen, wie Tanz, Karten- und andere Spiele, ist (im Zuge) vorgesorgt. Der Zug wird voll gefüllt sein mit all den guten Sachen, die notwendig sind, den inneren Mann oder Frau zu füllen und zu erfrischen. Aufenthalten sind allerwärts auf der Him- wie auf der Erde. Die Fahrkarte für einen Weg von Chicago bis Los Angeles kostet 79,84 Dollar, der Schlafwagen-unterer Bett 23,63 Dollar, oberes Bett 18,00 Dollar, die Fahrt im besonderen Abteil 66,76 Dollar, im Salonwagen 84 Dollar.

An dieser Schilderung ist zu erkennen, daß die Gewerkschafter in Deutschland noch nicht ganz die Höhe der Reizekultur der amerikanischen Gewerkschafter erreicht haben. Zwar fahren, wie jeder weiß, die deutschen Gewerkschaftsvertreter schon längst in Zügen mit Salon- und Schlafwagen, nur tanzen tun sie in den Zügen noch nicht. Das sollte von den deutschen Gewerkschaftern, die ja wohl Fortschrittler sind, bald nachgeholt werden. Eine probate Gelegenheit dazu böte unser nächster Verbandstag in Karlsruhe. Wenn da eine Delegation, sagen wir die von Berlin oder einem anderen Dorf, mit der nötigen Tanz- und Schlafpartnerchaft in Salon-, Aussicht- und Schlafwagen angefahren käme, sie brauchte für ihren Ruhm bestimmt nicht zu sorgen.

Verteilung und Ausnutzung des Weltvorrats an Wasserkraften



Die Wasserkraften, die Wasserkraft der Welt wirtschaftlichen Zwecken nutzbar zu machen, sind noch riesig. Das beweisen die Schätzungen, die amerikanischen Geologen und Ingenieure 1923 über die in der Welt vorhandenen Wasserkraft und ihre Ausnutzung gemacht haben. Auch ist man erst in längerer Zeit mehr und mehr dazu übergegangen, die gewaltigen Energiemengen, die in den verschiedenen Strömen und Wasserfällen der Erde schlummern, planmäßig auszunutzen. So wurden z. B. 1921 in der ganzen Welt erst 22,83 Mill. PS mit Hilfe von Wasserkraft erzeugt. 1923 waren es bereits 28,91 Mill. PS. Das bedeutet eine Zunahme von 26 Proz. innerhalb 2 Jahren.

